



Protokoll Einwohnerratssitzung

5. Sitzung

Montag, 20. Juni 2022, 19.00 Uhr, Grossratssaal

Vorsitz: Christian Oehler, Präsident

Protokollführung: Stefan Berner

Anwesend: 46 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Anna Borer, Co-Leiterin Stadtentwicklung
Sebastian Busse, Leiter Hochbau
Jan Hlavica, Stadtbaumeister
Salvatore Nunziata, Präsident SVO KSAB
Rupert Studer, Leiter Abteilung Pflegeheime
Rainer Ziesemer, SVO KSAB Pädagogik

Entschuldigt: Silvano Ammann, Einwohnerrat
Esther Belser, Einwohnerrätin
Lea Naon, Einwohnerrätin
Martina Niggli, Einwohnerrätin



Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	168
2. Inpflichtnahme von Christoph Müller als neues Ratsmitglied	169
3. Anfrage Petra Ohnsorg (Grüne), Daniel Ballmer (Grüne), Martina Niggli (Grüne), Susanne Klaus Günthart (Grüne), Thomas Waldmeier (Grüne), Alexander Umbricht (GLP), Peter Jann (GLP), Simone Silbereisen (SP), Anja Kaufmann (SP), Pro Aarau: Indirekte Finanzierung von Kampagnen gegen städtische Klimaziele	171
4. Anfrage Urs Winzenried (SVP): Sanierung/Neugestaltung der Tellstrasse	173
5. Ersatzneubau Alterssiedlung Herosé; Seniorenwohnungen und Autoeinstellhalle; Wettbewerbskredit	177
6. Oberstufentrum Telli; Wettbewerbskredit	183
7. Mühlemattstrasse 69-73, Mühlematthof, Parz. 3114, Kauf durch die Stadt Aarau von Hassim AG	196
8. Binzenhof Haltestellenumbau Perronanlage, Heinerich-Wirri-Strasse, Landerwerb durch Aargau Verkehr AG (AVA)	201
9. Ergebnisse der "Überprüfung der Busführung Altstadt Aarau" sowie Umsetzung und Finanzierung der Kurzfristvariante	203
10. Kreditabrechnung Ablösung Win7 / Office 2010	209



Traktandum 1

Mitteilungen

Christian Oehler, Präsident: Ich begrüsse Sie zu unserer letzten Einwohnerratssitzung vor dem Maienzug und den Sommerferien. Zum Maienzug möchte ich mich noch kurz äussern. Zu diesem traditionsreichen Fest gab es hinsichtlich der Mehrwegbecherpflicht einige Turbulenzen. Ich fand es bedauerlich, dass man nach Schuldigen suchte, aber es freut mich jetzt umso mehr, dass alles noch geklappt und funktioniert hat. Diesbezüglich besteht noch eine zweite Pendeuz. Gemeint sind die Kanonenschüsse. Es kann nicht sein, dass auf diese verzichtet wird und ich lade den Stadtrat und auch die Kommission ein, das Schwarzpulver zu bestellen.

Sollte es zu diesem Thema Fragen oder Bemerkungen aus dem Rat geben, würde die Möglichkeit bestehen, diese unter Traktandum 3, Anfragen, zu unterbreiten.

Es sind zu Sitzungsbeginn 45 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 23. Entschuldigt haben sich Esther Belser, Lea Naon, Martina Niggli und Silvano Ammann. Etwas verspätet wird dann noch Irene Stutz zur Sitzung erscheinen.



Traktandum 2

Inpflichtnahme von Christoph Müller als neues Ratsmitglied

Christian Oehler, Präsident: Heute dürfen wir, als Ersatz von Max Suter, ein neues Ratsmitglied in Pflicht nehmen. Christoph Müller wird als neues Ratsmitglied für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025 zur Verfügung stehen. Christoph Müller hat am 8. Mai 2022 schriftlich erklärt, die Wahl in den Einwohnerrat anzunehmen. Ich bitte alle Ratsmitglieder, sich von den Sitzen zu erheben. Christoph Müller bitte ich, sich vorne in die Mitte zu begeben. Ich werde die Gelöbnisformel vorlesen und bitte das neue Ratsmitglied, diese mit den Worten "ich gelobe es" zu bestätigen. Im Geschäftsreglement § 3 ist festgehalten: "Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates, das wohl der Stadt Aarau zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Christoph Müller, Mitglied: "Ich gelobe es". Mein Name ist Christoph Müller. Es ist mir eine grosse Ehre, dass ich heute ein paar Worte an Sie richten darf. Ich habe im Januar meinen 59. Geburtstag gefeiert. Vermutlich bin ich nur ein halber Aarauer. Mein grösstes Problem ist sicher, dass ich nicht lückenlos nachweisen kann, an jedem Maienzug dabei gewesen zu sein. Schon in meiner frühesten Kindheit ist massiv gesündigt worden, weil ich in St. Gallen auf die Welt gekommen bin und die ersten vier Jahre in St. Gallen das Kinderfest gefeiert habe. Während der Primarschulzeit wohnte ich in Oberentfelden und durfte nicht am Maienzug mitmachen. Mit Ausnahme der fünf Primarschuljahre, welche ich in Oberentfelden verbrachte, habe ich die gesamte schulische Ausbildung in Aarau absolviert, vom Kindergarten im Binzenhof bis zur Matura an der Alten Kantonsschule, vor ziemlich genau 40 Jahren. Im Gegensatz zu mir sind meine beiden Kinder nicht auswärts gestartet, sondern beide sind gebürtige Aarauer. Meine Tochter Lisa ist im Jahr 2000 auf die Welt gekommen, mein Sohn Lucas im 2001. Lisa studiert mittlerweile an der ETH Zürich Architektur und Lucas wird am Samstag an der Alten Kanti hinausgeläutet. Ich wohne seit 20 Jahren im Zelgli. Aber ich habe auch schon in vielen anderen Quartieren gewohnt, zum Beispiel am Rain, in der Telli, in der Goldern oder im Gönhard-Quartier. Ein paar Minuspunkte gibt es, weil ich, nach dem Abschluss meines Informatikstudiums an der ETH Zürich, den Wohnsitz für viele Jahre nach Paolo Alto im Silicon Valley verlegt habe. Aus beruflichen Gründen hatte ich meinen Wohnsitz während längerer Zeit auch in Manhattan in New York und in London. Lücken beim Maienzug, Lücken beim Wohnsitz. Aus Sicht einer richtigen Aarauerin oder eines Aarauers sind das grosse Sünden, die man kaum mehr gutmachen kann. So kommt es auch, dass ich nicht mit einer Aarauerin, sondern mit einer lieben, toleranten Frau, aufgewachsen in den USA, verheiratet bin. Meine Frau Lou arbeitet als Juristin in der Pharmabranche, aktuell in einer japanischen Firma. Das führt dazu, dass wir manchmal morgens früh um ein oder zwei Uhr aufstehen müssen, weil sie dann arbeiten muss. Meine Frau ist eine sagenhafte Köchin. Das führt manchmal dazu, dass ich zu viel esse. Nebst gutem Essen und Familie fahre ich in meiner Freizeit gerne Ski. In meiner Jugend war ich Skilehrer. Ich habe aber auch Freude am Wandern und verbringe viel Zeit mit Mathematik, Statistik und allerlei Computer-Arbeit. Beruflich trug ich schon diverse Hüte, wobei immer die Themen Mathematik, Statistik, Informatik, Wirtschaft und Finance wichtig waren. In den späten Achtzigerjahren bin ich bei der CS in Zürich für milliarden-schwere SWAP- und Derivate-Portfolios verantwortlich gewesen. In den Neunzigerjahren habe ich in New York bei der Swiss Re Financial Products sogenannte Cat Bonds strukturiert. Cat Bonds sind Anleihen, welche für die Absicherung von Erdbebenrisiken, Hurricane-Risiken etc. benötigt werden. Später bin ich dann wieder nach Zürich zur CS Group zurückgekehrt und habe dort im Bereich global riskmanagement Marktrisiken gemessen und gemanagt. Um die Jahrtausendwende war ich als CEO für die Gründung und den Aufbau einer Schweizer Internet-Bank verantwortlich. Die Bank wurde im sogenannten Greenfield approach realisiert, also auf der grünen Wiese, alles von Grund auf selbst gebaut. Es war ein 15-köpfiges Team. Wir hatten ein Budget von ca. 100 Millionen Schweizer Franken.



Kurz, nachdem uns die EBK, heute wäre das die FINMA, die Banklizenz erteilte, machten uns ein paar Wahnsinnige am 11. September 2001 einen Strich durch die Rechnung. Mit dem Zusammensacken des World Trade Centers wurden auch unsere Hoffnungen begraben, mit unserem Projekt Erfolg haben zu können, weil die Investoren am gleichen Tag das Funding zurückzogen. Für mich persönlich war das eine schwierige Situation. Ich hatte eine junge Familie mit einem kleinen Kind und das zweite war unterwegs. Innerhalb wenigen Minuten wurden die Früchte von mehreren Jahren Arbeit zerstört. Nach der Geburt meines zweiten Kindes gönnte ich mir dann eine zwölfmonatige Pause. Heute heisst das Vaterschaftsurlaub. In dieser Zeit habe ich viel mit meinen Kindern unternommen und ich habe mich in dieser Zeit für neue Sachen inspirieren lassen. Im 2003 habe ich dann, zusammen mit einem Studienkollegen, im Technopark wieder eine Firma gegründet. Wir bieten CRM und ERP-Lösungen auf der Basis von Open Source Produkten an. Eines dieser globalen Projekte, das open CRX, leite ich seit bald 20 Jahren. Politisch bin ich eher ein unbeschriebenes Blatt. Ich sehe mich als starken Sachpolitiker und will mich nicht irgendwo auf einer Achse von links bis rechts festlegen lassen. Ich bin keiner dieser festgefahrenen Leute. Ich bin eine Person mit einer Achse nach oben und nach unten. Oben bedeutet für mich, durchgedacht, clever, wirksam und kosteneffizient. Gute Lösungen für tatsächliche Probleme. Up, stellt mich auf und müsste eigentlich auch Sie aufstellen. Up bringt Aarau weiter. Auf der anderen Seite kann ich persönlich mit Ideologie nicht so viel anfangen. Ideologien haben Antworten, lange bevor überhaupt die erste Frage gestellt worden ist. Dies führt grundsätzlich zu teuren Geschichten, oft am Ziel vorbei, Pseudolösungen, die Aarau nichts bringen. Das sollten wir alle vermeiden, wenn wir wollen, dass Aarau prosperiert. Ich politisiere weder links noch rechts. Ich wünsche mir möglichst viele Ups und möglichst wenig downs. Es ist mir natürlich klar, dass ich mir hier im Rat meine Sporen abverdienen und einfach ein bisschen zuhören muss. Es gibt für mich sicher einiges zum Lernen. Dabei habe ich eine Bitte an Sie. Helfen Sie mir, dass ich mich als Einwohnerrat zu 100 Prozent für die Anliegen der Stadt Aarau und aller Aarauerinnen und Aarauer einsetzen kann.

Christian Oehler, Präsident: Ich begrüsse nun noch Irene Stutz, welche in der Zwischenzeit auch eingetroffen ist. Die Traktandenliste und Botschaften sind rechtzeitig publiziert worden. Gibt es zur vorliegenden Traktandenliste Ergänzungen oder Anpassungen.

Das ist nicht der Fall.



Traktandum 3

Anfrage Petra Ohnsorg (Grüne), Daniel Ballmer (Grüne), Martina Niggli (Grüne), Susanne Klaus Günthart (Grüne), Thomas Waldmeier (Grüne), Alexander Umbricht (GLP), Peter Jann (GLP), Simone Silbereisen (SP), Anja Kaufmann (SP), Pro Aarau: Indirekte Finanzierung von Kampagnen gegen städtische Klimaziele

Christian Oehler, Präsident: Am 25. Juni 2021 haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthart und Thomas Waldmeier für die Grünen, Alexander Umbricht und Peter Jann für die GLP, Simone Silbereisen und Anja Kaufmann für die SP sowie die Fraktion Pro Aarau eine Anfrage betreffend "Indirekte Finanzierung von Kampagnen gegen städtische Klimaziele" eingereicht.

Vorbemerkung: Die Anfrage bezieht sich auf die Mitgliedschaft der Eniwa beim Verband der Schweizerischen Gasindustrie. Der Stadtrat verfügt nicht über die Kompetenzen, über Mitgliedschaften der Eniwa zu entscheiden, kann aber via Eignerstrategie Einfluss nehmen. Die im Verwaltungsrat einsitzenden Stadträte können im Rahmen ihrer Funktion die Entscheidungsfindung mitgestalten. Sie vertreten dabei die Interessen der Stadt Aarau und behalten die städtischen Klimaziele im Auge.

Die Anfrage kann vom Stadtrat, unter Mitwirkung der Eniwa, wie folgt beantwortet werden:

Frage 1: Wie gross ist der Mitgliederbeitrag der Eniwa an den Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG)?

Eniwa engagiert sich im normalen Rahmen einer Mitgliedschaft und damit mit den verbandsüblichen Beiträgen beim VSG. Detailinformationen zu Mitgliedschaften und Jahresbeiträgen werden von der Eniwa nicht kommuniziert. Eniwa wird durch Hans-Kaspar Scherrer im Verwaltungsrat des VSG vertreten, wo auch eine aktive Teilnahme und Beeinflussung der Strategie möglich ist.

Frage 2: Wozu wird dieser Mitgliederbeitrag beim VSG genutzt?

Der Verband Schweizerische Gasindustrie übernimmt verbandstypische Aufgaben, setzt sich für klare Rahmenbedingungen (Gasversorgungsgesetz, Gasmarktgesetz, etc.) für die Schweizerischen Gasunternehmen ein und vertritt die Interessen der Gasbranche in der kantonalen und nationalen Politik. Derzeit hat der VSG eine wichtige Rolle in der Krisenbekämpfung und Sicherstellung aller Massnahmen und Mittel, um die Gasversorgungssicherheit im nächsten Winter 2022/2023 sicherstellen zu können.

Frage 3: Kann sichergestellt werden, dass der Beitrag nicht gebraucht wird, um Kampagnen gegen die Interessen der Stadt Aarau zu finanzieren?

Ja, es werden keine Kampagnen gegen Interessen der Stadt Aarau geführt. Der VSG – wie auch Eniwa – vertritt die Strategie, dass Gas erneuerbar und CO₂-neutral werden muss – spätestens bis 2050 (Netto-Null Ziel). Der VSG fördert zudem Anlagen zur Herstellung erneuerbarer Gase/Biogasanlagen.

Frage 4: Ist eine Kündigung der Mitgliedschaft beim VSG eine Option, falls dieser weiterhin mit Mitgliedergeldern Kampagnen gegen die Interessen der Stadt führt?

Es werden keine Kampagnen gegen die Interessen der Stadt oder Eniwa geführt. Der Verband vertritt immer die Interessen seiner Mitglieder und ist stets im engem Austausch mit ihnen. Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass die Strategie von Eniwa, der Stadt Aarau oder



anderer Energiestädte mit den Zielen des VSG divergieren. Die Herausforderung liegt in der Schweiz im Ersatz von 45 % Erdöl, 15 % Erdgas und 11 % Uran, rund 170 TWh in den nächsten 30 Jahren. Hier leistet der VSG einen wichtigen Beitrag – nicht zuletzt auch in der Anbindung und im Austausch mit den umliegenden Ländern z. B. in Bezug auf das Biogasregister, Beimischung von grünem Wasserstoff etc.

Alexander Umbricht, Mitglied: ich möchte darauf hinweisen, dass wir die Anfrage am 25. Juni 2021 eingereicht haben. Per Mail habe ich den Hinweis auf die Beantwortung dieser Anfrage sage und schreibe 356 Tage später erhalten. Es wurden somit 356 Tage für 491 Worte, knapp 1,4 Worte pro Tag, benötigt. Ich vermute, dass man mit diesem Tempo in der Privatwirtschaft, zum Beispiel bei der AZ, keine Stelle erhalten würde. Falls bei der AZ doch Interesse besteht, ein Wort kostete 87 Rappen. Die Antragsteller Petra Ohnsorg, Daniel Ballmer, Martina Niggli, Susanne Klaus Günthard, Thomas Waldmeier, Alexander Umbricht, Peter Jann, Simone Silbereisen und Anja Kaufmann haben es in den letzten vier Tagen aber nicht geschafft, sich zu diesem Thema abzusprechen. Das Aufzählen dieser Namen verursachte nach dem gleichen Berechnungsschema Fr. 16.55. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir es in einer nicht peinlichen Zeit schaffen, uns anlässlich einer nächsten Sitzung auch inhaltlich ganz kurz dazu zu äussern.



Traktandum 4

Anfrage Urs Winzenried (SVP): Sanierung/Neugestaltung der Tellstrasse

Christian Oehler, Präsident: Am 2. Dezember 2021 hat Einwohnerrat Urs Winzenried (SVP) eine Anfrage betreffend "Sanierung/Neugestaltung der Tellstrasse" eingereicht

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

1. Hat der Stadtrat im Zusammenhang mit dem Projekt Sanierung/Neugestaltung Tellstrasse bis heute bereits verbindliche Vorentscheide getroffen? Wenn ja, in welcher Hinsicht?

Das aktuelle Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK) Tellstrasse stammt aus dem Jahr 2006 und widerspiegelt die damaligen Planungsgrundsätze bzgl. Siedlungsentwicklung, Verkehrspolitik, Freiraumplanung etc. Entsprechend wurde es unter Berücksichtigung der damaligen Verkehrsbelastung projektiert. In der Zwischenzeit haben sich zentrale Rahmenbedingungen geändert: Das BGK Tellstrasse 2006 funktioniert betrieblich bei der heutigen Verkehrsbelastung nicht, ist nicht auf das mittlerweile geplante Busaufkommen ausgerichtet und trägt dem Bedürfnis einer Verkehrsberuhigung auf dem siedlungsorientierten Teil der Tellstrasse zu wenig Rechnung. Der Stadtrat hat deshalb das Stadtbauamt beauftragt, das BGK Tellstrasse auf Grundlage der aktuell gültigen Erschliessungsplanung zu überarbeiten. Das Projekt wurde im August 2021 gestartet und wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2022 abgeschlossen. Im Anschluss erfolgt die Erarbeitung des Bauprojekts mit öffentlicher Auflage.

2. Priorisiert der Stadtrat in der Stadt Aarau generell den ÖV, den Veloverkehr und den Fussgängerverkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV)? Wenn ja, warum?

Sowohl die Gemeindeordnung (§ 10e) als auch die aktuell gültige Bau- und Nutzungsordnung (§ 3) geben als Planungsgrundsatz eine Förderung und Bevorzugung resp. Priorisierung des Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehrs vor. Das bedeutet aber nicht, dass der motorisierte Individualverkehr vernachlässigt wird. Der vom Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau 2013 erarbeitete Konzeptbericht "Verkehrsmanagement Region Aarau" definiert für die Tellstrasse einen behördenverbindlichen Plafond von 15'000 Fahrzeugen pro Tag. Auf diesen Plafond ist die Planung ausgerichtet. Damit wird die Tellstrasse auch künftig eine stark befahrene Strasse bleiben, es sind aber Massnahmen zu definieren, dass der behördenverbindlich definierte Plafond nicht überschritten wird.

3. Verfolgt der Stadtrat mit dem Projekt Sanierung/Neugestaltung Tellstrasse unter anderem den Zweck, die Tellstrasse für den motorisierten Individualverkehr möglichst unattraktiv zu machen? Wenn ja, was sind die Beweggründe dafür?

Siehe Antwort zu Frage 2

4. Was verspricht sich der Stadtrat von einer Temporeduktion auf 30 Stundenkilometer auf der stark befahrenen Tellstrasse?

Eine Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h wirkt sich positiv auf die Lärmbelastung und die Unfallschwere aus. Ein weiterer positiver Aspekt von Tempo 30 ist, dass der innerstädtische Raum dank der Reduktion von Sicherheitsabständen, Sichtzonen etc. effizienter genutzt werden kann. Insgesamt wird durch die tiefere Geschwindigkeit



keit die Siedlungsverträglichkeit des Verkehrs erhöht, die Trennwirkung einer Strasse reduziert und mehrere Probleme, die vom motorisierten Individualverkehr ausgehen, können gleichzeitig und direkt an der Quelle bekämpft werden. Auf einzelnen, stark belasteten Strassenabschnitten kann ein Tempo 30-Regime in Stosszeiten zu kürzeren Reisezeiten führen.

5. Worin sieht der Stadtrat die Vorteile der geplanten Verengung der Fahrspuren und der damit verbundenen Erschwerung des Verkehrsflusses auf der Tellistrasse?

Die Fahrspuren werden auf ein normgerechtes Mass angepasst (nicht verengt, aber auch nicht übermässig breit). Damit ist sichergestellt, dass die Tellistrasse auch von Bussen und Lastwagen gut und sicher befahren werden kann. Die Tellistrasse ist auch als Sondertransportroute (Routentyp 1 red.) definiert, die damit verbundenen Auflagen werden weiterhin erfüllt.

6. Inwiefern profitiert nach der Ansicht des Stadtrates die grosse Mehrheit der Quartierbevölkerung der Telli, die nicht direkt an der Tellistrasse wohnt (z.B. Wohnzeilen Rütmatstrasse, Delfterstrasse, Neuenburgerstrasse) von der geplanten Sanierung/Neugestaltung der Tellistrasse?

Die Tellistrasse dient als Quartiersammelstrasse dem gesamten Telliquartier. Sie ist zentral für die ÖV-Erschliessung des Quartiers und ist zudem stark identitätsstiftend. Zusammengefasst profitiert das Quartier unter anderem von den folgenden Verbesserungen:

- erhöhte Verkehrssicherheit
- Priorisierung des ÖV und damit auch eine verbesserte und fahrplanstabilere Busanbindung an die Innenstadt und an den Bahnhof
- verbesserte Querungsmöglichkeiten für Fussgängerinnen und Fussgänger
- bessere Veloverbindungen
- Lärmreduktion
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität und stärkere Identität fürs Quartier
- Vermeidung von Hitzeinseln

7. Erachtet der Stadtrat die Errichtung von Fahrbahnhaltestellen für den Bus auf der Tellistrasse als taugliches Mittel, um den Verkehrsfluss zu begünstigen? Wenn ja, warum?

Fahrbahnhaltestellen sind ein wirksames Mittel zur Buspriorisierung. Im Gegensatz zu separaten Busspuren und technischen Buspriorisierungsmassnahmen sind sie sehr platzsparend und kostengünstig (sowohl in der Realisierung als auch im Unterhalt). Die durchschnittliche Haltedauer von Bussen und damit auch die durchschnittliche Wartezeit für den motorisierten Verkehr hinter dem Bus beträgt ungefähr 20 Sekunden. Bei einer Realisierung von Busbuchten müsste der Fahrkorridor für den Bus durch technische Installationen garantiert werden. Damit verbunden müsste der motorisierte Verkehr ebenfalls kurzzeitig aufgehalten werden.

8. Wohin gedenkt der Stadtrat den nicht unerheblichen Durchgangsverkehr auf der Tellistrasse inskünftig zu lenken, falls die Tellistrasse zu einer „urbanen Quartierstrasse“ mit attraktiver Aufenthaltsqualität für die Anwohner/innen werden soll? Welche anderen Strassen werden den zu erwartenden zusätzlichen Verkehr aufnehmen?



Ein grosser Teil des Verkehrs in der Telli ist Ziel-/Quell- oder sogar Binnenverkehr. Die verbesserten und attraktiveren Fuss- und Veloverbindungen helfen mit, einen Teil dieses Verkehrs zu verlagern. Das bietet Entwicklungsspielräume für künftige Nutzungen. Durch die siedlungsorientierte Gestaltung wird zudem der sog. Durchfahrtswiderstand erhöht, was in der Regel zu einer gewissen Verlagerung des Durchgangsverkehrs führt. Dieser dürfte wohl in Richtung Autobahn auf die Route Sauerländertunnel - Kreuzplatz - Gais - Industriestrasse und von der Autobahn herkommend auf die Route Kreuzplatz - Sauerländertunnel ausweichen. Die übergeordnete Verkehrsführung wird aber aktuell im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts Region Aarau überprüft. Parallel zur Realisierung wird aller Voraussicht nach auch der Kreuzplatz in den Fokus der Betrachtung rücken, da dieser ein wichtiges Element zur Entlastung der Tellistrasse darstellt. Die Tellistrasse wird aber auch nach der Umgestaltung einen DTV von 15'000 Fahrzeugen aufweisen, ein Teil davon wird auch Durchgangsverkehr sein.

9. Wie beurteilt der Stadtrat das Gefahrenpotential (z.B. Unfallgefahr, Sicht, Licht-Schatten, Laub) von Baumalleen, die nahe an der Fahrbahn gepflanzt werden sollen?

Die Planung erfolgt unter Einhaltung aller heute relevanten Normen und Vorschriften. Damit ist auch sichergestellt, dass alle Sichtweiten etc. eingehalten werden. Die Verkehrssicherheit wird gegenüber heute gesteigert.

10. Was veranlass den Stadtrat zur Annahme, dass sich die Quartierbevölkerung nach Abschluss des Projektes weniger in den grosszügigen Grünanlagen der Mittleren Telli oder im Telliwald und an der Aare, sondern vermehrt auf den „Ruheinseln“ (Sitzbänke, Tischtennisplatz, Trink- und Springbrunnen) der Tellistrasse aufhalten wird?

Die Tellistrasse ist kein Ersatz für die Grünanlagen und Naherholungsgebiete des Quartiers. Die Umgestaltung der Tellistrasse verfolgt, nebst diversen verkehrlichen und sicherheitsrelevanten Zielen, die Absicht, den Strassenraum insgesamt aufzuwerten und an die bestehenden Siedlungsstrukturen anzupassen. Gleichzeitig soll die Strasse der künftigen Quartiersentwicklung Rechnung tragen.

11. Steht die Absicht, dass die künftige Linienführung der Tellistrasse sowie die Werkleitungen und Kanäle den Baumstandorten angepasst werden soll, nach Ansicht des Stadtrates in einem vernünftigen Verhältnis von Aufwand und Nutzen?

Der Erhalt identitätsstiftender Bäume (z.B. Telliring) oder anderer Bäume mit hoher ökologischer Relevanz tragen zur Qualität der Tellistrasse bei (Identitätsstiftung, Kühlung im Sommer, Hochwasserprävention, etc.). Eine Stadt- und Landschaftsplanung sowie die Planung von Werkleitungen und Kanälen unter Berücksichtigung des Baumbestands ist heutzutage nichts Aussergewöhnliches. Erste Untersuchungen zeigen, dass dies auch an der Tellistrasse gut möglich und sinnvoll ist.

12. Kann der Stadtrat bereits heute die für das Projekt Sanierung/Neugestaltung der Tellistrasse anfallenden Kosten abschätzen? Wenn ja, in welcher Höhe dürften sie liegen?

Mit Abschluss des Betriebs- und Gestaltungskonzepts wird eine aktuelle Kostenschätzung erstellt. Im Rahmen der Kreditbeantragung wird diese auch dem Einwohnerrat vorgelegt.

13. Wird der Einwohnerrat im kommenden Jahr auch über die Finanzierungsfrage hinaus in den Entscheidungsprozess des Projektes einbezogen? Wenn ja, in welcher Form?

Die Erarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts Tellistrasse wird in einer ersten Phase von einer Echogruppe begleitet. Diese Echogruppe besteht aus Vertretern verschiedener Interessensgruppen (Bevölkerung, Gewerbe, Industrie, Bus, etc.) sowie aufgrund



der Zuständigkeiten aus Vertretern einzelner Fachstellen des Kantons (Verkehrsmanagement, ÖV, etc.). Der Einbezug einer breiteren Öffentlichkeit erfolgt in einer zweiten Phase.

Urs Winzenried, Mitglied: Ich bin mir bewusst, dass im Einwohnerrat üblicherweise nicht repliziert wird, ganz im Gegensatz zum Grossrat, wo zu jeder Interpellation noch minutenlang repliziert wird. Wenn man aber mit einer Anfrage, respektive mit der Antwort, nicht ganz einverstanden ist, ist es gut, wenn man auch im Einwohnerrat kurz replizieren darf. Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Anfrage in Sachen Tellistrasse. Ich kann die Antworten des Stadtrates zum grössten Teil nachvollziehen, bin aber nicht in allen Teilen einverstanden. Die Tellistrasse ist eine der wichtigsten Ost-West-Verkehrsachsen in Aarau. Das Verkehrsaufkommen dort ist nicht mit dem Verkehr einer Quartiersammelstrasse zu vergleichen, es handelt sich dabei zu einem grossen Teil um Durchgangsverkehr. Ein wichtiges Ziel der Neugestaltung dieser Tellistrasse ist, den Durchfahrtswiderstand zu erhöhen. Man will also die Tellistrasse für den individual mobilen Verkehr unattraktiver machen. Als Folge davon werden die Autofahrer ausweichen und sich einen anderen Weg suchen. Genau wie das Wasser, welche sich auch irgendeinen Weg sucht. Das Verkehrsaufkommen wird inskünftig nicht kleiner werden. Es wird sich einfach in andere Quartiere, Industriestrasse, Gais, Kreuzplatz verlagern. Bei allem Verständnis für den Langsamverkehr darf auch der Autoverkehr in Aarau nicht vernachlässigt werden. Die Tendenzen gehen meines Erachtens ein bisschen in diese Richtung. Das Motto muss lauten, miteinander und nicht gegeneinander. Tempo 30, zum Beispiel, macht für mich in Nebenstrassen und Quartierstrassen Sinn, nicht aber bei Hauptverkehrsachsen. Dort ist nach wie vor 50 das richtige Tempo. Das Gleiche gilt meines Erachtens für die sogenannten Fahrbahnhaltestellen für den Bus. Wir haben heute Ausweichstellen. Ob es allerdings nur 20 Sekunden dauert, bis der Busse weiterfährt, lasse ich einmal offen. Das ist vielleicht in der Nacht der Fall aber sicher nicht in den Stosszeiten. Ähnliches gilt für geplante Fahrbahnverengungen und viele zusätzliche Fussgängerstreifen. Ich hinterfrage, was dabei am Schluss herauskommt. Die Tellistrasse wird nie eine Quartierstrasse, auch keine Spielstrasse. Es wird eine stark befahrene Durchfahrtsachse bleiben. Ich bin froh, dass die Neugestaltung noch nicht in Stein gemeisselt ist, sondern dass der Stadtrat die Umsetzung in einem sogenannten Betriebs- und Gestaltungskonzept vertiefen möchte. Ich wünsche mir vom Stadtrat, dass er das mit dem nötigen Augenmass macht. Ich bin auf die nächsten Schritte gespannt. Dieses Projekt wird die FGPK und den Einwohnerrat im nächsten Jahr bestimmt noch intensiv beschäftigen.

Christian Oehler, Präsident: Seit der letzten Sitzung sind folgende zwei neuen Anfragen von Urs Winzenried eingegangen.

- Am 5. Juni 2022 "Skulptur Aarau als Metall"
- Am 12. Juni 2022 " Sitzbänke Seerose Bahnhofplatz"



Traktandum 5

Ersatzneubau Alterssiedlung Herosé; Seniorenwohnungen und Autoeinstellhalle; Wettbewerbskredit

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 4. April 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat bewilligt den Wettbewerbskredit für den Neubau der Seniorenwohnungen Herosé in der Höhe von 375'000 Franken inkl. 7.7. % MwSt.

Wir hören zuerst das Referat der Finanz und Geschäftsprüfungskommission. Danach folgen die Diskussionen im Einwohnerrat und die Stellungnahme des Stadtrates. Anschliessend erfolgt die Abstimmung. Ursula Funk spricht im Namen der FGPK.

Ursula Funk, Mitglied: Die FGPK hat sich an der Sitzung vom 26. April 2022 eingehend mit dem Wettbewerbskredit für den Neubau der Seniorenwohnungen Herosé in der Höhe von 375'000 Franken auseinandergesetzt. Als Auskunftspersonen standen Stadträtin Angelica Cavegn Leitner, Sebastian Busse, Leiter Sektion Hochbau, Rupert Studer, Leiter, Abteilung Pflegeheime und Marco Palmieri, Leiter Portfoliomanagement, zur Verfügung. Sie stellten das Projekt vor und erwähnten, dass damit ein weiterer Schritt im Bereich der Altersbauten gegangen wird. Geplant sind Zweieinhalb- und Dreieinhalbzimmerwohnungen, als Ergänzung zu den Angeboten im Pflegeheim. Die Kommission erkundigte sich, ob darüber diskutiert wurde, allenfalls grössere Wohnungen anzubieten, zum Beispiel für Personen, welche aus einem Einfamilienhaus umziehen. Die Auskunftspersonen erklärten, dass für diese Alterssiedlung schon gezielt grössere Wohnungen geplant sind, als im aktuellen Bau. Nachfragen nach Viereinhalbzimmerwohnungen hat es bisher noch keine gegeben. Bei grossen Wohnungen wird auch das Vermietungsrisiko grösser. Die Kommission wollte wissen, ob bei den Bedarfsabklärungen berücksichtigt wurde, dass die Stadt mit der Walthersburg bereits Seniorenwohnungen besitzt. Die Auskunftspersonen präzisierten, dass mit den Wohnungen in der Walthersburg ein Pflichtangebot verbunden ist. Bei den Herosé-Alterswohnungen können im Gegensatz Leistungen des Pflegeheims freiwillig und individuell bezogen werden. Das Spezielle an den Seniorenwohnungen wird die Nähe zum Pflegeheim sein. Die bestehenden Angebote auf dem Platz Aarau ergänzen sich gut. Man ist im gegenseitigen Austausch. Die Kommission begrüsst das Konzept mit dem individuellen Einkauf von Leistungen und weist darauf hin, dass die Wohnungen bezahlbar sein müssen. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass es das Ziel ist, dass sich Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen die Wohnungen leisten können. Der anerkannte Mietzins bei der Ergänzungsleistung beträgt für Einzelpersonen 1'370 Franken und für Paare 1'620 Franken. In diesem Rahmen werden sich die Mietzinse bewegen. Für die genauere Berechnung der Mietzinse muss aber das Projekt vorliegen. Bezüglich der Zusatzleistungen besteht seitens der Ergänzungsleistungen leider eine Lücke. Der Bund ist aber daran, diese zu schliessen, damit Seniorinnen und Senioren tatsächlich möglichst lange selbstständig leben können. Die Kommission unterstrich, dass ein Gebäude für die nächsten 30 Jahre geplant wird. Es stellt sich die Frage, wie man bezüglich Raumprogramm die notwendige Flexibilität erreichen kann. Die Auskunftspersonen zeigen auf, dass man hinsichtlich der Tragkonstruktion versuchen wird, die Voraussetzungen zu schaffen, dass auch künftig flexible Lösungen möglich sind. Wichtig ist, die verschiedenen Strukturen zu trennen. Zudem werden bauliche Lösungen, wie zum Beispiel Dachvorsprünge vor technischen Lösungen, oder Storen bevorzugt. Dies sind im Unterhalt günstiger. Bei den Parkplatznormen geht es um die Umsetzung von Vorgaben aus der BNO. Für das Projekt muss



ein geeignetes Mobilitätskonzept erarbeitet werden. Damit kann die Anzahl der Pflichtparkplätze reduziert werden. Bezugsgrößen sind die Anzahl Betten im Pflegeheim, die Anzahl Besucherinnen und Besucher und Bewohnerinnen und Bewohner. Die Nähe zum Bahnhof erleichtert die Benutzung des ÖV. Eingerechnet sind Parkplätze für Mitarbeitende, die Nachtdienst leisten. Bei Einbezug aller Faktoren ergibt sich eine Grössenordnung von 44 Parkplätzen. Die Kommission gibt zu bedenken, dass Mieterinnen und Mieter allenfalls noch über ein eigenes Auto verfügen. Hinsichtlich der geschätzten Kosten wurde seitens der Auskunftspersonen erläutert, dass man seinerzeit im Jahr 2013 noch keine entsprechenden Studien vorliegen hatte, aber im Investitionsplan eine Kostengrösse einstellen musste. Es soll die gleiche Art Wettbewerbsverfahren, wie beim Neubau des Pflegeheims, durchgeführt werden. Es gibt keine Vorgaben in Bezug auf den Kubus. Städtebaulich sollen drei separate Einheiten entstehen. Pflegeheim, Alterswohnungen und Herzoghaus. Die Kommission erkundigte sich, ob es tatsächlich 8 bis 10 Wettbewerbsteams braucht. Die Auskunftspersonen weisen darauf hin, dass der Standort sehr speziell ist und es Sinn macht, genügend Vorschläge zu erhalten. In der Schlussdiskussion wurden folgende Kommentare gemacht: Dem Projekt wird zugestimmt. Es soll das Ziel sein, dass Menschen möglichst lange unabhängig wohnen können. Es wird festgestellt, dass man sich bereits viele Gedanken im Hinblick auf den Wettbewerb gemacht hat. Das Konzept mit dem Bezug von individuellen Leistungen ist ideal. Der Bedarf für die Wohnungen ist gegeben. Es bestehen heute schon detaillierte Überlegungen zu diesem Projekt. Es handelt sich um eine gute Sache. Die Kommission fasste einstimmig folgenden Beschluss: Dem Einwohnerrat wird beantragt, den Wettbewerbskredit für den Neubau der Seniorenwohnungen Herosé in der Höhe von 375'000 Franken inklusive 7.7 % MwSt. zu bewilligen.

Rainer Lüscher, Mitglied: Nachdem der Einwohnerrat und auch das Volk mit einer grossen Mehrheit den Baukredit für den Ersatzneubau des Pflegeheims Herosé bewilligt haben, steht die Planung für den Rückbau des jetzigen Pflegeheims und den Neubau von 40 Seniorenwohnungen sowie der Bau einer Autoeinstellhalle an. Das Herzoghaus wird später separat betrachtet. Unsere Fraktion erachtet es als sinnvoll, dass am Ort des heutigen Pflegeheims eine entsprechende Wohnüberbauung entstehen soll. Wir sehen Synergien des Rückbaus und für das Erstellen des nötigen Aushubs für die Autoeinstellhalle und auch für den Neubau und können das Vorhaben grundsätzlich unterstützen. Wie erwähnt wurde, sollen neu 24 2 1/2 Zimmerwohnungen mit 50 m² und 16 3 1/2-Zimmerwohngen mit 65 m² entstehen. Alterswohngemeinschaften sowie kleine und auch vielleicht günstigere Wohnungen, also 1-Zimmerwohnungen, sind nicht geplant. Es sollen Wohneinheiten für Einzelpersonen und Paare im Alter von 70 Jahren und mehr entstehen. Wir nehmen die Bedarfs-einschätzung des Stadtrates gemäss aktuellen Marktbedürfnissen so zur Kenntnis. Es soll beim Bau jedoch trotzdem sichergestellt werden, dass eine anderweitige, konkurrenzfähige Vermietung jederzeit möglich ist, falls zukünftig der Bedarf an Seniorenwohnungen nicht im erwarteten Umfang besteht. Wir respektieren den geplante Gebäudestandard Miernergie-A-Eco oder P-Eco und kennen den Aufwand für Bauten der öffentlichen Hand, verlangen jedoch, dass die Lebensqualität in den Wohnungen einwandfrei ist und zum Beispiel auch die Fenster trotzdem noch geöffnet werden können. Wir beraten heute den Kreditantrag für die Wettbewerbskosten, für das Finden eines geeigneten Planungsteams, welches ein optimales Projekt hinsichtlich Einbettung in die örtlichen Gegebenheiten, Gestaltung, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit, Qualität, Kosten und eine mögliche Umsetzung in einer nützlichen Frist präsentieren wird. Die in der Botschaft beigelegte Grobkostenschätzung von 18.75 Millionen (+/- 25 %) erachten wir als zu hoch. Die eingesetzten Kosten pro m³ umbauten Raum sind deutlich höher, als dies bei einem privaten Wohnungsbau mit mittlerem Standard der Fall ist. Die Kosten für das Land müssen nicht eingerechnet werden. Die Kosten für den Wettbewerbskredit, über welchen wir heute beraten, sind ebenfalls nicht in dieser Summe enthalten. Wir verlangen, dass von allen Beteiligten alles darangesetzt wird, den Wert deutlich nach unten zu korrigieren, ohne Qualitätseinbussen



in Kauf nehmen zu müssen. Wir akzeptieren es nicht, wenn die heute dargestellte mögliche Bandbreite ganz nach oben ausgereizt wird. In dem Sinne genehmigen wir den vorliegenden Kreditantrag für das Wettbewerbsverfahren einstimmig und hoffen auf ein effizientes und erfreuliches Projekt.

Fabio Mazzara, Mitglied: Besten Dank für die gute und informative Botschaft. Das Thema und die Erläuterungen zum Wettbewerbsvorhaben waren für uns so überzeugend, dass an der Sitzung der Zentrumsfraktionsgemeinschaft GLP und die Mitte sowie pro Aarau mit EVP/EW sehr wenig diskutiert werden musste. Das Projekt ist für ältere Menschen in Aarau eine gute und sinnvolle Ergänzung zu den anderen bestehenden Wohnmöglichkeiten. An diesem Ort können die Menschen möglichst lange unabhängig wohnen und bei Bedarf verschiedene Leistungen dazu buchen. Das ist eine tolle Sache. Beide Fraktionen werden den Kredit einstimmig gutgeheissen.

Nicola Müller, Mitglied: Die SP-Fraktion wird den vorgelegten Wettbewerbskredit für den Neubau der Seniorenwohnungen einstimmig bewilligen. Für uns ist die Bewilligung dieses Kredits die logische Konsequenz, da wir auch schon den Neubau des Pflegeheims in jeder Phase unterstützt haben. Wir sind nach dieser Botschaft überzeugt, dass uns der Stadtrat bald ein schönes, von Nachhaltigkeitsüberlegungen geprägtes und auf die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung ausgerichtetes Projekt vorlegen wird. Das Konzept mit dem individuellen Einkauf von Leistungen begrüßen wir ausdrücklich. Es fällt auf, dass sich die Kosten zwischen der damaligen Machbarkeitsstudie und der jetzigen Grobkostenschätzung "ver-eineinhalbfacht" haben. In der Botschaft werden die Gründe für diese Kostensteigerung aber nachvollziehbar erklärt. Es ist absolut sinnvoll, wenn jetzt nicht – wie ursprünglich geplant – nur 1 1/2 – und 2 1/2-Zimmerwohnungen gebaut werden, sondern 2,5- und 3,5-Zimmerwohnungen. Die Bedürfnisse der älteren Menschen haben sich seit 2013 offenkundig gewandelt. Es macht Sinn, dass sich der Stadtrat diesbezüglich am Markt orientiert. Die SP-Fraktion unterstützt darum das neue Raumprogramm und nimmt dafür auch die höheren Kosten in Kauf. Dass der Kostenrahmen allgemein sehr breit ist – er liegt zwischen tiefen 14 und hohen 23 Millionen Franken – liegt in diesem Projektstadium in der Natur der Sache. Bei hohen Investitionskosten muss im Bereich Spezialfinanzierungen immer ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, dass das spätere Angebot auch niederschwellig zugänglich ist. Es freut uns deshalb, dass trotz des Anstiegs der Kosten immer noch insgesamt preisgünstige Wohnungen gebaut werden sollen. Wir werden im weiteren Projektverlauf darauf achten, dass dieses Versprechen auch wirklich eingehalten wird. Ob man in eine städtische Alterswohnung einziehen kann oder nicht, soll sich nicht über das vorhandene Portemonnaie entscheiden. Auch Personen, welche im Alter auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, sollen es sich in der Stadt Aarau leisten können, möglichst lange eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben zu können-. Dieser Grundsatz muss selbstverständlich auch bei der Festsetzung der Preise für die individuell einkaufbaren Leistungen beachtet werden, damit ein würdevolles Altern auch tatsächlich garantiert ist. Die SP wird den vorliegenden Wettbewerbskredit einstimmig gutheissen. Wir freuen uns jetzt schon auf das Vorprojekt.

Susanne Heuberger, Mitglied: Selbstverständlich unterstützt auch die SVP einstimmig den Wettbewerbskredit über 375'000 Franken. Es benötigte 2018 im Rahmen des Budgetprozesses 2019 eine dringliche Motion der SVP, damit es möglich wurde, den städtischen Pflegeheimen einen Schub zu verleihen und die Instandhaltung und vor allem die Erneuerung voranzutreiben. Seither wurde viel unternommen. Wir sind aber immer noch auf dem Weg dorthin und es dauert viel zu lange. Aus Sicht der SVP-Fraktion möchte ich auf ein paar Punkte eingehen und Gedanken zum bald startenden Wettbewerbskredit mitgeben. Einerseits handelt es sich um das Parkplatzkonzept. Schon im Rahmen des Ersatzneubaus des Pflegeheims haben wir mitgeteilt, dass wir damit nicht zufrieden sind und man es



nochmals überdenken soll. Aus der Botschaft entnehmen wir, dass man diesbezüglich noch nicht viel weiter ist. Wir haben moniert, dass zu wenig Parkplätze vorgesehen sind. Es werden dringend mehr benötigt. Parkplätze sind unter anderem Teil attraktiver Arbeitsbedingungen. Solche haben wir in Aarau im Moment überhaupt nicht. Wir haben ein riesengrosses Manko. Das Personal findet keinen Parkplatz. Das Personal hat sehr anspruchsvolle, lange Arbeitszeiten und geteilte Dienste. Man muss vielleicht zweimal pro Tag einen Parkplatz suchen. Wir erwarten deshalb, dass das Parkplatzkonzept noch einmal überprüft wird und mehr Parkplätze realisiert werden. Ich habe der Botschaft und dem FGPK-Protokoll entnommen, dass der Kostenanteil der Tiefgaragenplätze für das Pflegeheim ungefähr 1 Million Franken ausmacht. Wir haben uns zu Recht gefragt, warum man diesen Kostenanteil nicht in den, dem Volk vorgelegten, Kredit für das Pflegeheim eingerechnet hat. Dieser hätte nach unserer Ansicht zwingend dort eingerechnet werden müssen. Ich möchte von der zuständigen Stadträtin gerne wissen, warum das seinerzeit nicht vorgenommen wurde und ob der Kostenanteil von einer Million Franken, welcher das Pflegeheim partizipiert, später in der Bauabrechnung noch dem Pflegeheim zugeschrieben wird. Diesbezüglich sind noch viele Fragen offen und wir wären sehr froh, wenn diese heute Abend beantwortet werden könnten. Weder in der Botschaft noch in der Kommission hat man das irgendwie thematisiert. Diesbezüglich besteht Nachholbedarf an Informationen. Wichtig ist uns auch, dass es bezahlbaren Wohnraum gibt. Der Stadtrat erwähnt in der Botschaft, dass dies auch das Ziel des Stadtrates ist. Wir werden ihn an dieser Aussage messen. Wie auch bereits durch die FDP festgestellt, ist der Kostenrahmen des Ersatzneubaus der Seniorenwohnungen sehr hoch. Es dauert noch eine gewisse Zeit, bis das Projekt schlussendlich bezugsbereit ist. Für bezahlbaren Wohnraum muss man etwas unternehmen. Wir haben in Aarau das Senevita und die Walthersburg. Diese bewegen sich jedoch in einer anderen Kategorie. Sie sind für sogenannt Gutbetuchte erschwinglich. Es muss das Ziel sein, dass preisgünstiger, bezahlbarer Wohnraum entsteht. Ob es am Schluss nur Zweieinhalb- und Dreieinhalbzimmerwohnungen sind, ist für uns im Moment noch nicht ganz so vordergründig. Ich denke, diesbezüglich müsste man den Markt noch einmal anschauen. Ob es diese Wohnungen tatsächlich alle braucht, ist zu bezweifeln. Die städtische Alterssiedlung, welche ungefähr 40 sehr günstige Alterswohnungen hat, wird ja zurück gebaut. Diese 40 Alterswohnungen wurden sukzessive aufgehoben. Die Station Milchgasse hatte dort während ihres Umbaus 2 Jahre Gastrecht genossen. Die Wohnungen sind nicht mehr als Alterswohnungen von Privatpersonen genutzt worden. Dieses Haus steht praktisch leer. Die Wohnungen werden jetzt noch gebraucht, um ukrainische Flüchtlinge unterzubringen. Meiner Meinung nach haben wir heute schon einen Unterbestand an Alterswohnungen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die geplanten Seniorenwohnungen Ende 2027, also erst in fünfzehn Jahren, bezogen werden können. In den letzten 2 – 3 Jahren wurde das Angebot sukzessive von der Stadt abgebaut. Ich begrüsse die Haltung, dass diese Wohnungen verschiedenen Leuten einen Nutzen bringen und der Fokus nicht nur auf eine Alterssiedlung gelegt, sondern die Möglichkeit geschaffen wird, diese Wohnungen auch anderweitig vermieten zu können. In der Botschaft ist auch die Umnutzung des Herzoghauses erwähnt. Es handelt sich dabei um das dritte Projekt dort oben im Herosé. Seit Jahren weiss man nicht recht, wie man dieses Haus umnutzen soll. Ich empfehle Ihnen, das Haus zu besichtigen. Es ist wunderschön und steht unter Denkmalschutz. Die SVP ist erstaunt und findet es eigentlich auch ein wenig bedenklich, dass man davon ausgeht, in diesem Haus Büroräumen zu verwirklichen. Auf der Suche nach dem Verwendungszweck dieses Hauses appellieren wir, dass das Haus weiterhin leben muss. Es ist der Wunsch der SVP, dass dieses Haus an 7 Tagen in der Woche belebt und bewohnt wird. In diesem Haus wird jetzt gelebt, in diesem Haus wird aber auch gestorben und das darf auch nachher, nach unserem Dafürhalten, immer noch so sein. Ich denke, diesbezüglich sind die Hausaufgaben noch nicht erledigt und es steht noch nicht fest, was man mit dem wunderbaren, schönen Herzoghaus machen will. Die SVP möchte dieses Anliegen heute hier deponieren. Es ist noch viel Denkarbeit nötig und diese muss bald angegangen werden. Das Haus darf



auf keinen Fall, wie so viele andere Räume, welche wir in Aarau einer Umnutzung zugeführt haben, am Schluss als Büroräume dienen. In diesem Sinne und mit diesen Anliegen und Wünschen stimmt die SVP dem Wettbewerbskredit einstimmig zu.

Angelica Cavegn Leitner, Stadträtin: Ganz herzlichen Dank für die wohlwollende Aufnahme dieses Geschäfts. Die Abteilung Alter und wir freuen uns, dass wir einiges erreichen konnten, von der Sanierung der Station Milchgasse, über den erfreulichen Neubau des Pflegeheims Herosé bis hin zu den Seniorenwohnungen, für welche heute der Wettbewerbskreditantrag vorliegt. Die Kosten und die bedachte Planung der Seniorenwohnungen ist für mich ein sehr wichtiges Thema. In dem Sinne sind die Angaben so zu betrachten, wie niedergeschrieben. Es ist auch wichtig, uns Gedanken darüber zu machen, wie die Wohnungen anderweitig genutzt werden könnten, wenn sie nicht für unsere älteren Leute benötigt werden. Wir sind aber der Meinung, dass der Bedarf gegeben ist, werden aber beide Möglichkeiten in die Planung einbeziehen. Auf zwei Punkte möchte ich noch konkreter eintreten. Einerseits auf die Einstellplätze, respektive die Einstellhalle. Wir werden zwei Projekte bearbeiten. Einerseits sind es die Seniorenwohnungen und andererseits betrifft es die Einstellhalle. Die Einstellhalle wurde bewusst in das Projekt der Seniorenwohnungen einbezogen. Über die Plätze, welche vom Pflegeheim benötigt werden, wird eine Abrechnung und Weiterverrechnung erstellt. Über die Anzahl der Parkplätze haben wir Ihnen ein Konzept versprochen. Dieses werden wir dem Einwohnerrat vorlegen. Sie können daraus genau entnehmen, wie viele Parkplätze für das Pflegeheim, für das Herzoghaus und die Seniorenwohnungen zur Verfügung stehen. Im Zusammenhang mit den Seniorenwohnungen muss auch das Mobility-Angebot berücksichtigt werden und entsprechende Ladestationen müssen vorhanden sein. Wir wissen auch, dass die Leute die Nähe zum Bahnhof sehr schätzen. Es sind bereits entsprechende Rückmeldungen von Personen eingegangen, wonach kein Einstellplatz benötigt wird. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Aarau werden keine Parkplätze angeboten. Wir werden aber im Rahmen des Neubaus Herosé solche Möglichkeiten überprüfen. Gerade für Personen mit Nachtwache und speziellen Arbeitszeiten sollten genügend Parkplätze zur Verfügung stehen, damit auch der Schichtwechsel reibungslos erfolgen kann. Hinsichtlich dem Stand des Herzoghauses befasst sich Marco Palmieri mit der Vorbereitung eines eines Geschäftes für den Stadtrat, welches vermutlich nach den Sommerferien dem Stadtrat vorgelegt wird. Wir haben uns dazu schon sehr viele Gedanken gemacht. Wir haben das Herzoghaus in einem ersten Schritt mit dem Denkmalpfleger begutachtet und uns nach den Vorgaben und Vorschriften erkundigt. Wir wissen eigentlich sehr genau, was umsetzbar ist. Wir setzen uns für ein Haus ein, welches lebt und dem Quartier zur Verfügung stehen soll. Wir haben verschiedene konkrete Ideen, welche aber politisch noch nicht abgeholt sind. Wir werden Sie darüber rechtzeitig informieren. Das Herzoghaus ist ein schönes Gebäude, es hat eine super Aura. Es ist uns wichtig, dass es so erhalten bleibt. Auch das Quartier und die Begegnungen spielen eine wichtige Rolle. Diese Philosophie wird in unseren Heimen gelebt. Mit dem Projekt "Findling", Kunst am Bau, haben wir ein Projekt gewählt, welches diese Begegnungen ermöglichen soll. Ich hoffe, ich konnte Ihre Fragen beantworten.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt den Wettbewerbskredit für den Neubau der Seniorenwohnungen Herosé in der Höhe von 375'000 Franken inkl. 7.7 % MwSt.



Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 6

Oberstufenzentrum Telli; Wettbewerbskredit

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 14. Februar 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat bewilligt den Wettbewerbskredit für den Architekturwettbewerb Oberstufenzentrum Telli in der Höhe von 600'000 Franken inkl. 7.7 MwSt.

Zu diesem Geschäft liegt folgender

Antrag der SVP

vor:

Das Geschäft "Oberstufenzentrum Telli, Wettbewerbskredit" sei an den Stadtrat zurückzuweisen.

Wir befinden zuerst über den Rückweisungsantrag. Wenn dieser angenommen wird, ist das Geschäft zurückgewiesen und es muss nicht weiter darüber befunden werden. Wenn die Rückweisung abgelehnt wird, werden wir in die Debatte einsteigen. Ich übergebe das Wort an Urs Winzenried.

Urs Winzenried, Mitglied: Die SVP-Fraktion anerkennt die zentrale Bedeutung einer guten Schulbildung. Die SVP anerkennt auch die Notwendigkeit von genügend Schulraum. Die SVP anerkennt auch einen ausgewiesenen Handlungsbedarf in Aarau. Die SVP anerkennt im Weiteren, dass gute Schulbildung auch Kosten verursachen und schliesslich anerkennt die SVP auch eine gewisse Dringlichkeit dieses Projekts. Trotzdem stellt die SVP den Antrag auf Rückweisung dieses Geschäfts. Das Projekt Oberstufenzentrum ist wahrscheinlich das grösste Projekt in der Geschichte der Stadt Aarau. Das Projekt ist mit insgesamt 115 bis 190 Millionen Franken veranschlagten Kosten wohl auch das teuerste Projekt in der Geschichte der Stadt Aarau. Es handelt sich um eines der komplexesten Projekte, welches die Stadt Aarau in den letzten Jahren zu bearbeiten hatte, mit einer Vielzahl von Interessen und Anspruchsgruppen. Die FGPK hat sich in zwei Sitzungen ausführlich mit dem Projekt befasst und zahlreiche Fragen gestellt. Die Fragen sind zwar grösstenteils beantwortet worden, aber nicht alle Fragen sind geklärt worden. Das hat dazu geführt, dass sich die FGPK, allerdings mit einer Minderheit, schliesslich gegen den Wettbewerbskredit ausgesprochen hat. Unsicherheiten, Unbehagen und offene Fragen sind geblieben. Die SVP-Fraktion erachtet das Projekt zum jetzigen Zeitpunkt als zu wenig entscheidungsreif, um den Wettbewerbskredit von 600'000 Franken sprechen zu dürfen. Es stehen zu viele unbeantwortete oder nur ungenügend beantwortete Fragen im Raum, welche Auswirkungen auf das ganze Projekt haben. Das Projekt benötigt zwingend eine vorgängige umfassende, gründliche Evaluation in den verschiedensten Bereichen. Bedarf, Haltung der Anspruchsgruppen, Standort, Bauart, Pädagogik, Städtebau, Quartierbelastung, Verkehr, Finanzen und auch noch eine überregionale und kantonale Sichtweise, welche näher abgeklärt werden müsste. Erst wenn alle Fakten zusammengetragen und evaluiert worden sind, darf und kann man das Projekt weiter vorantreiben. Wünschenswert und auch sinnvoll ist bei der Bedeutung dieses Projekts sicher eine externe Evaluation, welche über die eigene Verwaltung hinausgeht. Der Wettbewerbskredit beinhaltet Weichenstellungen, welche zum Teil bestritten sind. Das Projekt ist zu gross und zu wichtig, um es unter dem Gesichtspunkt



des Zeitdrucks zu Lasten der Sorgfalt und der Gründlichkeit vorantreiben und den Wettbewerbskredit rechtfertigen und genehmigen zu können. Eine Bedarfsanalyse muss vor der Gutheissung detailliert aufzeigen, in wie fern und in welchem Ausmass und in welcher Dringlichkeit Handlungsbedarf für das Oberstufenzentrum an einem oder eben an mehreren Standorten, mit welcher Anzahl von Abteilungen, als Hochhaus oder als Campus, mit oder ohne Durchmischung der Abteilungen und mit welchen Kosten entsteht. Der Wettbewerbskredit ist ein Weichenstellungsentscheid für die Telli. Diese klare Weichenstellung ist nicht unbestritten. Wenn der Standort Telli nicht realisiert wird, dann geht es zurück auf Feld 0 und der Wettbewerbskredit von 600'000 Franken ist in den Sand gesetzt. Der bisherige Prozessverlauf ist nicht schlüssig und wirft Fragen auf. Der Wechsel von der Kreisschulpflege zum Schulvorstand mit neuen Personen hat den Prozess schwer durchschaubar gemacht. Wie und durch wen sind die bisherigen Entscheide überhaupt zustande gekommen? Hat der neugewählte Schulvorstand das vorgelegte Projekt wirklich vertieft geprüft und auch verabschiedet oder einfach genickt dazu? Ergebnisoffene und neutrale Abklärungen hinsichtlich einem oder mehrerer Standorte fehlen sowie die Aufzeichnung der Vorteile und Nachteile der beiden Varianten. Es gibt gute Gründe für zwei oder sogar noch mehr Standorte, welche vorhanden sind. Wenn nur ein Standort gewählt wird, gibt das ein "Moloch" in Aarau. Ein ganz wichtiges Thema ist der Landabtausch mit dem Kanton. Dieser ist absolut ungewiss. Wir haben zwar einen Letter of Intent, aber andere Kantonsstandorte sind auch im Gespräch, zum Beispiel Lenzburg, Brugg. Wie sieht die künftige Mittelschulkapazität im Kanton und speziell in Aarau aus? Möchte man diese erhöhen, möchte man sie unverändert belassen oder allenfalls sogar zugunsten von anderen Standorten reduzieren? Ein klares Bekenntnis des Regierungsrates fehlt. Es reicht nicht, wenn lediglich die Verwaltungen untereinander kommunizieren. Diesbezüglich sind der Stadtrat und der Regierungsrat gefordert. Der Weiterbetrieb des Zelglischulhauses ist offenbar für die Oberstufe nicht möglich. Warum eigentlich nicht? Für die Kantonsschule hingegen soll der Standort gut sein. Diese Haltung ist nicht sehr einleuchtend. Klärungsbedarf besteht im Weiteren auch beim Umgang mit dem Hallenbad. Die unterirdische Anlage im Zelgli muss geklärt werden. Auch der Entscheid der Gemeinde Buchs ist ein weiterer wichtiger Punkt. Die Gemeinde Buchs lehnt sich einfach zurück und wartet ab. Der Entscheid der Gemeinde Buchs beeinflusst aber das Projekt massgeblich und deshalb darf erwartet werden, dass auch die Gemeinde Buchs verbindliche Aussagen zu ihrer Haltung macht. Die Variante Hochhaus wurde einfach gestrichen. Die Argumente wurden mit zu hohem Bau, Schüler dürfen den Lift nicht benützen und müssten zu Fuss gehen, begründet. Ist es richtig, dass man die Variante Hochhaus, welche sparsamer mit der Landreserve umgeht, einfach verwirft? Die Anforderungen der Schule, im Rahmen der Bestellung, sind nicht überall nachvollziehbar. Das Betriebskonzept und das pädagogische Konzept müssen, soweit überhaupt vorhanden, vertieft diskutiert werden. Stichworte, wie moderne Lernlandschaften, Wohlfühloasen tönen gut. Es stellt sich jedoch die Frage, ob dies tatsächlich nötig ist, oder ob es nicht auch andere Lösungen gäbe. Zur Durchmischung dieser drei Stufen bestehen verschiedene Meinungen. Es gibt Leute, welche die Durchmischung von Realschule, Sekundar- und Bezirksschule befürworten. Andere vertreten klar die Meinung, dass die Stufen getrennt werden müssen. Städtebauliche Aspekte wurden bis anhin überhaupt nicht berücksichtigt. Wo würde ein solch grosses Schulhaus in der Stadt Aarau überhaupt hinpassen? Wären anstelle eines Standortes nicht mehrere möglich? Von den verkehrstechnischen Fragen will ich gar nicht sprechen. Wenn das Schulhaus in der Telli realisiert wird, würde das für dieses Quartier viel mehr Verkehr bedeuten. Wurden alle Anspruchs- und Interessengruppen bereits abgeholt? Es besteht die Absicht, diese Meinungen nach der Genehmigung des Wettbewerbskredits einzuholen. Wir fragen uns, ob das Zuwarten Sinn macht. Wir vertreten die Meinung, dass die Anspruchsgruppen, Quartier, Eltern, Lehrer etc. jetzt beigezogen werden müssen. Erfahrungen an anderen Orten, zum Beispiel in Baden mit 48 Abteilungen im Burghaldenschulhaus, zeigen, dass nicht alles problemlos ist. Es gibt auch dort differenzierte unterschiedliche Wahrnehmungen. Man sollte noch weitere Vergleiche anstellen, bevor man in Aarau einfach entscheidet, ein neues Schulhaus in der Telli zu bauen. Schlussendlich sind auch die berechneten Gesamtkosten zwischen 115 und



190 Millionen Franken zu vage angesetzt. Sie müssen näher analysiert werden. Es bestehen zu viele ungeklärte Fragen und Unsicherheiten. Der Einwohnerrat darf den Wettbewerbskredit von 600'000 Franken heute so nicht bewilligen. Es ist eine vertiefte, externe Evaluation notwendig. Die Kosten für die Evaluation lohnen sich bei diesem Gesamtvolumen ganz sicher. Die SVP bittet die anderen Fraktionen, die Augen vor diesen Unklarheiten, Fragen und Unsicherheiten nicht zu verschliessen und sich den Argumenten, die gegen diesen Wettbewerbskredit sprechen, anzuschliessen. Die SVP beantragt einstimmig die Rückweisung dieses Wettbewerbskredits gemäss unserem Antrag vom 16. Juni 2022.

Christian Oehler, Präsident: Wird das Wort zur Rückweisung des Antrages gewünscht?

Alexander Umbricht, Mitglied: Wie die SVP festhält, handelt es sich beim vorliegenden Projekt um das grösste Projekt in der Geschichte der Stadt Aarau. Beim mir vorliegenden Antrag geht es um 600'000 Franken. Ich wage zu vermuten, dass die Stadt Aarau schon grössere Projekte umgesetzt hat. Andererseits sind wir in der Fraktionsgemeinschaft des Zentrums über die Vorlage unterschiedlich glücklich. Verschiedenste Personen haben auch ein sehr ungutes Bauchgefühl. Dazu wird sich aber Christoph Waldmeier für das Zentrum äussern, insofern die Rückweisung scheitert. Wir haben kapiert, dass es zwar heute um 600'000 Franken geht, in einer weiteren Vorlage, über welche wir aber wieder befinden können, jedoch noch einmal um rund 150 Millionen Franken. Das ist tatsächlich für die Stadt Aarau eine unglaubliche Summe. Tatsächlich macht es den Anschein, dass der Stadtrat das ganze Projekt, also nicht nur den heutigen Antrag, ungefähr gleichbehandelt, wie den Bau eines Kindergartens für gut drei Millionen Franken. Die SVP stellt in ihrem Rückweisungsantrag diverse Fragen. Bei einer nicht unerheblichen Anzahl davon frage ich mich, ob sie die erste Vorlage, die zweite Vorlage, die teilweise unbefriedigenden Antworten des Stadtrates auf die Fragen aus dem Einwohnerrat, zwei mehr oder weniger brauchbare Infoveranstaltungen, zwei FGPK Protokolle und mindestens einen sehr ausführlichen Artikel in der AZ nicht gelesen oder schon wieder vergessen hat. Die allererste Frage befasst sich mit dem Handlungsbedarf. In der Botschaft wird dazu unter anderem ausgeführt, dass aufgrund der prognostizierten Schülerzahlenentwicklungen davon auszugehen ist, dass zukünftig ein zusätzlicher Bedarf von 16 Abteilungen notwendig sein wird. Die Schulraumplanung von 2018/2019 bis 2029/2030 bestätigt die bisher bekannte Entwicklung der Schülerzahlen. Wer sich in den letzten gefühlten zwanzig Jahren einmal im OSA bewegt hat, müsste den Handlungsbedarf auch sofort erkannt haben. Mit dem Projekt OSA zuzuwarten, wird nicht billiger. Andererseits fehlen Antworten zu Punkten, die aus unserer Sicht tatsächlich nicht genügend in den Unterlagen geklärt sind, Zum Beispiel, wo, wann und in welchem Umfang und mit welchen Kompetenzen diverse Stakeholder einbezogen werden. Aus unserer Sicht müsste das so schnell und umfassend wie möglich, inklusive echter Mitsprache, vorgenommen werden. Wir fragen uns, was passiert, wenn eine der vielen Abhängigkeiten nicht wie geplant eingehalten werden kann. Darüber besteht keine Klarheit. Dazu muss der Stadtrat Nachbesserungen vornehmen. Entsprechend wird aus dem Zentrum in den nächsten Wochen ein Vorstoss eingereicht. Aber wir wollen den jetzigen Zeitplan nicht ausbremsen. Somit werden wir dieser Rückweisung mehrheitlich nicht zustimmen. Wir empfehlen Ihnen, die Rückweisung nicht zu unterstützen. Es folgt anschliessend noch ein inhaltliches Votum von Christoph Waldmeier. Dieter Wicki wird sich auch noch äussern. Bei uns bestehen keine einheitlichen Meinungen.

Susanne Klaus Günthart, Mitglied: Uns geht es ähnlich wie dem Vorredner. Wir haben die Antworten zu unseren vielen gestellten Fragen in den Unterlagen gefunden. Es ist Tatsache, dass sich die Schule mit dem Lehrplan 21 im Wandel befindet. Sie gibt auch gewisse Formen vor, gerade im pädagogischen Bereich. Also auch dort werden verschiedene Fragen beantwortet. Wir finden es jedoch ungeschickt, dass wir die Antworten zusammensu-



chen mussten. Für den weiteren Projektverlauf wäre es sinnvoll, dass solche wichtigen Fakten auf einem Papier dargestellt werden. Aber für uns steht fest, dass wir mit diesem Projekt weitergehen und dieses nicht zurückweisen wollen. Verschiedene Fragen müssen später noch beantwortet werden. Viele unserer gestellten Fragen wurden jedoch bereits in der Botschaft beantwortet.

Dieter Wicki, Mitglied: Aus meiner Sicht liegt jetzt ein Jahrhundertprojekt auf dem Tisch. Ob es sich dabei um das grösste handelt, ist nicht das Thema. Es ist aber ein Jahrhundertprojekt, mindestens für die Aargauer Bildungslandschaft. Auch aus meiner Sicht ist unbestritten, dass Aarau ein neues Schulhaus braucht und der Sanierungsbedarf im Oberstufenschulhaus Schachen gegeben ist. Verdankenswerterweise haben Christoph Waldmeier und Peter Roschi dafür gesorgt, dass wir hier im Einwohnerrat auch eine Diskussion über die Zeitverhältnisse und den Sanierungsbedarf im Oberstufenschulhaus Schachen führen können. Auf dem Tisch liegt der Antrag für einen Wettbewerbskredit von 600'000 Franken. Wir entscheiden über den Kredit. Mit jedem Kreditentscheid resultieren aber auch mehr oder weniger direkte oder indirekte Vorentscheide, welche man damit bestätigt. Das Projekt verläuft weiter auf der für diesen Wettbewerb aufgelegten Schiene. So wie das Projekt geplant ist, kann in der Telli ein schönes Schulhaus erstellt werden. Das ist aus meiner Sicht unbestritten. Für mich hat diese Sache aber einen Haken. Die Stadt Aarau steht bei diesem Projekt hinten an, Es gibt Abhängigkeiten. Zuerst muss der Kanton für das kantonale Katastropheneinsatzelement KKE einen neuen Standort finden, projektieren, bewilligen lassen, bauen. Daraufhin wird für das BKS die neue Turnhalle im Zeughausareal gebaut und erst an dritter Stelle folgt die Stadt Aarau. Diese Projekte muss man nacheinander angehen. Parallel kann man eine Parzelle nicht nutzen, oder nur dann, wenn man zusätzliches Geld für Provisorien in die Hand nehmen möchte. Ob das verhältnismässig ist, ist fraglich. Auf jeden Fall generiert es weitere Kosten. Nur schon auf Seite des Kantons sind drei Departemente involviert, das DGS hinsichtlich dem KKE, das BKS bezüglich der Turnhalle und das DFR, welches den ganzen Bau umsetzt. Diese Koordination ist hinsichtlich der Zeitverhältnisse anspruchsvoll. Gemäss der Botschaft sollte das Schulhaus bis ins Jahr 2028/2029, also innerhalb von 6 - 7 Jahren, stehen. Diese Zeitvorgabe gibt mir ein ungutes Gefühl. Meiner Ansicht nach ist, aufgrund dieser Abhängigkeiten, mit Verzögerungen zu rechnen. Davon bin ich überzeugt. Es werden Kosten auf die Stadt für teure Notsanierungen im Oberstufenschulhaus Schachen und/oder Provisorien zukommen. Diese Abhängigkeiten liessen sich eben mit einem anderen Projekt substanziell reduzieren. Gerade, weil Aarau schnell ein gutes Schulhaus verdient und braucht, unterstütze ich diese Rückweisung.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Mit dem Rückweisungsantrag wird eine Reihe von Fragen aufgeworfen, welche aus meiner Sicht teilweise bereits beantwortet wurden. Einzelne Fragen können jedoch im Rahmen dieses Wettbewerbskredits noch gar nicht beantwortet werden. Diese werden dann im Rahmen des konkreten Projekts vertieft angeschaut. In der Botschaft ist auf Seite 2 festgehalten, dass es eine Schulraumplanung der KSAB gibt, welche bis ins Jahr 2029/2030 führt. Aus dem 19-seitigen Bericht kann man herauslesen, dass das OSA Schachen mit 15 Abteilungen, das Schulhaus Stäpfli in Rohr mit 6 Abteilungen und das Schulhaus Stock in Küttigen mit 5 Abteilungen bis 2027 ersetzt werden muss. Wenn der Landabtausch mit dem Kanton zustande kommt, muss das Bezirksschulhaus Zelgli mit 18 Abteilungen ebenfalls miteinbezogen werden. Wir wissen also, dass der Bedarf von bestehendem Schulraum bis 2027/2028 in der Grössenordnung von 44 Abteilungen liegt. Mit zu berücksichtigen sind die Prognosen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung, welche ungefähr weitere 6 Abteilungen erfordern werden. Es handelt sich um Schüler, welche bereits geboren sind, mit Jahrgängen zwischen 2012 bis 2016, für welche bis 2028/2029 im Oberstufenzentrum ein Schulraum vorhanden sein muss. Das sind Tatsachen. Jetzt noch über eine Bedarfsanalyse und Dringlichkeiten zu sprechen, wundert mich und ich bin überrascht, dass man die vorhandenen Unterlagen nicht zur Kenntnis nehmen will. Es werden Ausführungen zum Standort gemacht. Es wird die Frage gestellt,



ob es einen, zwei oder auch mehrere Standorte benötigt. Wir haben mehrfach in verschiedenen FGPK-Sitzungen und auch an öffentlichen Veranstaltungen klargemacht, dass mit dem Wettbewerbskredit keine Entscheidung über einen Standort gefällt wird. Es wird lediglich ein Potenzial durch die vorgenommene Analyse festgestellt, wonach im genannten Gebiet 66 mögliche Abteilungen realisiert werden könnten und sich der Wettbewerbskredit, wenn es Sinn macht, über das ganze Gebiet erstrecken sollte, damit man später den dringend benötigten Raumbedarf auch umsetzen kann. Mit dem Wettbewerbskredit wird die Standortsfrage nicht diskutiert und darüber wird nicht entschieden. Der Standort in Buchs soll bestehen bleiben. Es sei denn, die Gemeinde Buchs möchte irgendeinmal darauf verzichten und dann gibt es in der Telli genügend Raum für eine Erweiterung. Wenn Sie dem Wettbewerbskredit zustimmen, entscheiden Sie sich in einem ersten Schritt für eine Präferenz zum Standort Telli. Es macht nicht Sinn, einen Wettbewerbskredit zu beschliessen, wenn man noch andere Standorte evaluieren möchte. Eine Evaluation von anderen Standorten haben wir gemacht. Das steht auch in den Unterlagen und ich habe in der FGPK ganz klar darauf hingewiesen, dass es in Aarau nur zwei mögliche Standorte gibt, welche die Kapazität in der Grössenordnung von 48 plus Abteilungen hat. Ein Standort liegt in der Telli, der andere in den Gönhardgütern. Einen weiteren möglichen Standort gibt es nicht. Diejenigen Personen, welche diese Feststellung in Frage stellen, bitte ich, mir die Frage zu beantworten, wo sie denn, wenn wir jetzt den Rückweisungsantrag gutheissen würden, weitere Standorte sehen. Wenn der Rückweisungsantrag heute angenommen wird, müssen wir die Gönhardgüter in Anspruch nehmen. Eine andere Lösung gibt es nicht, es ist die einzige Variante. Wenn Dieter Wicki den Kanton als unsicheren Faktor hinstellt, ist das einfach nicht richtig. Wir haben einen Letter of Intent. Wir wissen vom Kanton, dass er sehr klare Vorstellungen über die Entwicklung des Standorts Zelgli hat. Der Stadtrat von Aarau möchte den Kantonsschulstandort Aarau stärken. Die Anfrage des Kantons wurde in Bezug auf das Schulhaus Zelgli bereits in den Jahren 2015/2016 an uns herangetragen. Mit diesem Angebot wollen wir eigentlich unser Ziel verfolgen. Wir wollen im Interesse des Kantonsschulstandortes Aarau ein Gewicht setzen. Damit haben wir auch die Garantie, dass Aarau nicht hinterherhinkt. Gemäss dem im Letter of Intent festgehaltenen Zeitplan erhalten wir im Laufe des nächsten Jahres Klarheit, ob der Landabtausch zu Stande kommt. Es ist eine Reihe von Fragen in diesem Rückweisungsantrag gestellt worden, welche in diesem Rahmen gar nicht beantwortet werden können. Wie wollen Sie städtebauliche Aspekte rein theoretisch beurteilen, wenn Sie kein konkretes Projekt vorliegen haben? Das Ziel des Wettbewerbskredits ist es, einmal eine Auslegeordnung von verschiedenen Vorschlägen zu erhalten, darüber was genau umgesetzt werden kann. Genau deshalb braucht es einen Wettbewerb. Städtebauliche Diskussionen in einem leeren Raum zu führen, ohne zu wissen, welche Art von Bauten dort hingestellt werden sollen, erachte ich als fehl am Platz. Das gleiche gilt zur Problematik der verkehrstechnischen und finanziellen Fragen. Es handelt sich genau um diese Fragen, welche später vertieft angeschaut werden müssen, wenn das konkrete Projekt auf dem Tisch liegt. Genau diese Fragen müssen dann beantwortet werden, aber sicher nicht im Rahmen eines Wettbewerbskredits. Das ist der falsche Zeitpunkt. Es wurde auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die Stakeholder nicht abgeholt worden seien. Mit wem wollen Sie reden, bevor konkret ist, welche Meinung der Einwohnerrat über die Schulraumentwicklung und das Schulraumangebot hat? Eine solche Vorgehensweise finde ich merkwürdig. Richtig ist aus unserer Sicht, dass jetzt einmal über den Wettbewerbskredit entschieden wird. Wir haben auch gegenüber der FGPK ganz klar kommuniziert, in einem nächsten Schritt, bereits schon im Wettbewerbsverfahren, die Bevölkerung mit einzubeziehen, um abzuholen, was im Rahmen der Bearbeitung des Wettbewerbs wichtig und für das Wettbewerbsprogramm zentral ist. Das ist der richtige Zeitpunkt. Jetzt aber Diskussionen mit Leuten zu führen, ohne die Meinung des Einwohnerrates zu kennen, finde ich ein merkwürdiges Demokratieverständnis. Wir müssen in Aarau Schulraum zur Verfügung stellen. Wir haben eine Bestellung der zuständigen Behörde. Das ist der Schulvorstand. Diese Vorgaben müssen wir umsetzen. Dabei helfen uns weder der



Kanton noch die Gemeinden Oberentfelden oder Unterentfelden mit irgendwelchen Gesichtspunkten. Ich bitte Sie, das Projekt nicht zu verhindern und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Franziska Graf-Bruppacher, Stadträtin: Dieses Geschäft wird von Hanspeter Thür und mir bearbeitet. Es gibt eine klare Arbeitsaufteilung. Ich äussere mich zu Themen, welche die Schule betreffen. Es wurde angesprochen, die Durchmischung der Typen breit zu diskutieren. Ich zitiere gerne den § 23 aus dem Aarg. Schulgesetz: "Gliederung und Zusammenarbeit: Die Oberstufe umfasst die dreijährigen Typen Realschule, Sekundarschule und Bezirksschule sowie im dritten Jahr die zusätzlichen Angebote Berufswahljahr, Werkjahr sowie Integrations- und Berufsfindungsklasse Volksschule. Der Grosse Rat ist befugt, die zusätzlichen Angebote zu erweitern. Die Lehrpläne und Lehrmittel der Schultypen sind aufeinander abzustimmen. Die Zusammenarbeit unter den Typen ist zu fördern." Es besteht somit ein Auftrag an die Schule, die Zusammenarbeit unter diesen Typen zu fördern. Dieser Auftrag wurde vom aargauischen Grossen Rat mit diesem Gesetz erteilt. Im Weiteren heisst es: "Der Fächerabtausch unter den Lehrern ist innerhalb der Schultypen übergreifend gestattet." Daraus kann man schliessen, dass die Organisation relativ vereinfacht wird, wenn alles an einem Ort stattfindet. Heute gibt es auch in der Real- und Sekundarschule Fachlehrpersonen. Es unterrichtet also nicht nur eine Person. Je nach Fach muss eine Lehrperson die Schulhäuser wechseln. Das ist zumutbar und machbar, aber vorteilhaft ist es nicht. Der Schulvorstand hat uns schon vor einiger Zeit mitgeteilt, dass diese Durchmischung beschlossen ist. Nicht, weil sich der Schulvorstand dazu entschieden hat, sondern auf Wunsch, in Absprache und auf Antrag der Schule. Die Durchmischung wird kommen, unabhängig davon, wie viele Schulhäuser gebaut werden und an welchen Standorten. Ein Standort ist einfacher, verschiedene Standorte machen das Unterrichten komplizierter. In den Satzungen der Kreisschule unter § 14 sind die Aufgaben des Kreisschulrates festgehalten. Dabei geht es nirgends um pädagogische Konzepte. Es geht um Rechnung, Budget, Reglement und Wahlen des Schulvorstandes. Deshalb wird das pädagogische Konzept nicht diskutiert werden, wie der heutige Entscheid auch immer ausfällt. Auch der Stadtrat hat über das pädagogische Konzept nicht zu entscheiden. Wir vertrauen den zuständigen Personen. Meine Erfahrung zeigt, dass diese Arbeit gut gemacht wird, in Zusammenarbeit mit den Fachpersonen, unseren Lehrpersonen, welche wissen, um was es geht und was für sie wichtig ist. Nicht alle Lehrpersonen teilen dieselbe Ansicht. Sie haben – im Vergleich zu anderen Berufen – relativ viele Freiheiten. Diese Möglichkeiten sollen so bleiben und wollen wir unterstützen. Ich wurde am 23. Mai vom Schulparlament Zelgli eingeladen. Dieses wird von einer Schülerin/einem Schüler geleitet. Beim Thema ging es um einen Veloständer. Die Schüler wünschten sich, mit mir noch über das Schulprojekt zu diskutieren. Es folgte eine sehr angenehme Diskussion. Die Schüler wussten sehr genau, worüber sie sprechen. Diese Schüler gehen ja auch aktuell im Zelgli in die Schule. Sie finden es dringend nötig, dass ein neues Schulhaus gebaut wird und ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger zeitgemäss unterrichtet werden können. Sie wünschen sich vor allem auch ein grosses Schulhaus, weil es dort möglich sein wird, eine Mensa zu führen und die Voraussetzung geschaffen wird, sich nicht mehr von ihren Freundinnen und Freunden zu trennen, wenn sie in die Oberstufe übertreten und in verschiedenen Schultypen unterrichtet werden.

Urs Winzenried, Mitglied: Die Bedeutung dieses Geschäfts rechtfertigt eine kurze Replik auf die vorangegangenen Voten. Ich habe in der Schule gelernt: "Was auch immer: Sei vorsichtig und denke an das Ende". Und genau darum geht es uns. Der Wettbewerbskredit ist ein Wettbewerbskredit, das ist uns bewusst. Dabei geht es um 600'000 Franken. Dieser hat aber Auswirkungen auf das ganze Projekt. Ich verstehe bis heute nicht, warum in der Botschaft der Titel Oberstufenzentrum Telli genannt wird. Es ist nicht nur vom Oberstufenzentrum die Rede, sondern vom Oberstufenzentrum Telli. Damit wird also klar ausgedrückt, wo man das Oberstufenzentrum platzieren möchte. Hanspeter Thür vermittelt uns,



dass es sich dabei um keinen Entscheid handelt. Das heisst also, wenn der Standort Telli nicht umgesetzt wird, ist die ganze Arbeit umsonst und die Planung muss wieder von vorne begonnen werden. Dieses Szenario wollen wir in dem Sinne verhindern und die Arbeiten vorgängig erledigen. Wir haben die Botschaft und die FGPK-Protokolle schon gelesen. Für uns stehen einfach zu viele offene Fragen im Raum, um zu diesen 600'000 Franken ja sagen zu können. Es gibt mehrere Standortmöglichkeiten. Gönhard sowie die Kaserne wären eine Alternative. Wir bitten deshalb den Einwohnerrat, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen. Wir wollen den Bau von guten und modernen Schulen in Aarau nicht verhindern.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Urs Winzenried hat mich falsch verstanden. Ich habe nicht ausgesagt, dass es bei diesem Wettbewerbskredit nicht um den Standort Telli geht. Doch, es geht genau um den Standort Telli. Wenn Sie jetzt dem Wettbewerbskredit zustimmen, dann werden wir das Wettbewerbsprojekt in der Telli in Gang setzen. Das ist klar. Ich habe gesagt, dass im Zusammenhang mit der Gutheissung des Wettbewerbskredits kein Entscheid darüber gefällt wird, ob in der Telli 66 Abteilungen errichtet werden. Wir haben immer betont, dass es möglicherweise für eine längere Übergangsfrist mindestens zwei Standorte geben wird. Einen in Buchs und einen in Aarau. Es wird dort somit in einer ersten Etappe um eine Grössenordnung von 50 Abteilungen gehen. In ca. einem Jahr wird man den Projektierungskredit hier im Rat wieder behandeln und verabschieden. Wenn Sie dem Rückweisungsantrag mit dem Hinweis zustimmen, dass auch der Standort in Frage zu stellen ist, müssten Sie explizit formulieren, dass Sie gegen den Standort sind. Ansonsten werden wir den Telli-Standort weiterverfolgen. Wir müssten Fragen beantworten, welche noch nicht abschliessend beantwortet werden können. Wenn Sie der Meinung sind, der vorgesehene Standort ist nicht richtig, verbleibt nur noch ein Standort. Wir werden dann die Gönhardgüter ins Auge fassen und werden den Landabtausch mit dem Kanton beenden.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung über den

Rückweisungsantrag

Beschluss

Der Rückweisungsantrag wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Somit wird dieses Geschäft behandelt. Wir hören zuerst das Referat aus der FGPK von Urs Winzenried.

Urs Winzenried, Mitglied: Wir haben in der FGPK zweimal – im März und im Juni, insgesamt beinahe 6 Stunden – intensiv über das Projekt diskutiert. Das zeigt, dass sich die FGPK den Entscheid nicht ganz leicht gemacht hat. Wir sind in der ersten Sitzung zum Schluss gekommen, dass eine zweite Lesung notwendig ist, weil viele Fragen noch offen waren und viele Unsicherheiten und Unbehagen bestanden. Die zweite Lesung vom Juni, in Anwesenheit der Auskunftspersonen Hanspeter Thür, Jan Hlavica und Marco Palmieri, hat sich von der ersten Sitzung unterschieden, indem bedeutend mehr Dokumente vorhanden waren. Zusätzlich lagen beispielsweise die Stellungnahme der KSAB und Präsentationsunterlagen sowie der Fragen- und Antwortenkatalog mit insgesamt 28 Fragen vor. Gestützt auf diese Unterlagen fand die zweite Diskussion statt. Die Auskunftspersonen haben festgehalten, zum Teil auch auf Fragen der Kommission, dass ein schneller Wettbewerbskredit



wichtig ist, damit man die Schule 2028/2029 in Betrieb nehmen kann, dass eine Parallelentwicklung in diesen Prozessen wichtig und notwendig ist, dass das Restrisiko, dass der Kanton bei diesem Abtausch nicht mitmacht, klein eingestuft wird, dass der Wettbewerbskredit von 600'000 Franken verantwortbar ist, dass Besprechungen mit dem Kanton stattgefunden haben, allerdings auf Verwaltungsebene und eben nicht auf der Chefebene. Die letzte Besprechung vom 23. Mai ist jetzt wahrscheinlich auch schon wieder Geschichte. Die Auskunftspersonen haben erwähnt, dass noch Fragen hinsichtlich Bewertung dieser Grundstücke, Baurecht gegen Baurecht oder Verkauf, Umgang mit Hallenbad oder die Frage der Zahlungen zu klären sind. Im Weiteren haben die Auskunftspersonen ausgeführt, dass Kommunikationsmassnahmen für die Bevölkerung, Eltern, Lehrer, keinen grossen Sinn machen, bevor der Wettbewerbskredit nicht gesprochen wurde und die Gemeinde Buchs in den Entscheid involviert ist. Der Entscheid der Gemeinde Buchs dürfte bis im März des nächsten Jahres vorliegen. Dieser hat Auswirkungen auf die Anzahl der Abteilungen. 66 Abteilungen würden es zusammen mit Buchs sein, ansonsten lediglich 54 Abteilungen. Es wurde klar zwischen Hardware und Software unterschieden. Die Hardware betrifft den Bau und die Stadt ist dafür zuständig. Die Software bezieht sich auf Betrieb und die Pädagogik, wofür die Kreisschule zuständig ist. Der Landabtausch ist höchstwahrscheinlich kein Problem. Hinsichtlich der Aufgabenteilung wurde darauf hingewiesen, dass die Kreisschule eine eigene Organisation ist mit eigenen Organen und dass diese Aufgabenteilung klar eingehalten werden muss. Am Schluss wurde auch noch einmal darauf hingewiesen, dass ein neuer Standort gesucht werden müsste, wenn der Telli-Standort nicht in Frage kommt, oder die bestehenden Schulen ausgebaut werden müssten. Der Bestellungsumfang würde gleichbleiben. In der FGPK herrschte in der Schlussdiskussion Einigkeit, dass die zweite Lesung sinnvoll und die Zusatzinformationen wichtig gewesen sind, dass der Bedarf für einen gewissen zusätzlichen Schulraum unbestritten ist, dass ein moderner Schulraum auch begrüsst wird und dass das Projekt komplex ist. Die Parallelentwicklung des Prozesses und die Zusammenlegung an einem Standort wurden als sinnvoll und der Standort Telli als ideal erachtet. Die Gönhardgüter sollen als letzte Reserven beibehalten werden. Die Bestellung der KSAB, die Zusammenlegung der drei Stufen und die neuen pädagogischen Konzepte mit Lern-Landschaften etc. wurden begrüsst. Ebenfalls besteht die Meinung, den Kantonsschulstandort Aarau zu stärken. Die Kosten von 600'000 Franken wurden als relativ hoch, aber sinnvoll erachtet. Es gab auch kritische Argumente. Den Wettbewerbskredit sieht man als Weichenstellung für den Standort Telli. Es wird keine Alternative aufgezeigt. Die Kosten von 600'000 Franken sind allenfalls zu hoch. Argumente für zwei Standorte wären durchaus vorhanden. Verschiedene Anspruchsgruppen wurden bis anhin nicht oder zu wenig mit einbezogen. Die Bestellung der KSAB ist nicht überall nachvollziehbar. Die Zukunft der Kantonsschule ist nicht gesichert. Es sind auch andere Kantonsschulstandorte im Gespräch. Die Belastung des Quartiers Telli darf nicht unterschätzt werden. zum Beispiel durch den Verkehr. Die Variante Hochhaus wurde nicht vertieft weiterverfolgt. Die geschätzten Gesamtkosten von 115 bis 190 Millionen Franken erachtet man als sehr vage und unsicher. In der Schlussabstimmung hat die FGPK dem Wettbewerbskredit von 600'000 Franken mit 6 zu 3 Stimmen zugestimmt.

Christoph Waldmeier, Mitglied: Die Stadt hat dieses Jahr kurzerhand die Böllerschüsse für den Maienzug gestrichen. Lassen wir es doch vor dem Maienzug wenigstens einmal krachen, nämlich mit der Befürwortung dieses Projekts. Keine Böllerschüsse, ein Drama für Aarau, zumindest für alle diejenigen, welche diese Tradition lieben und ebenfalls der Meinung sind, dass diese Solidarität ein wenig falsch ist. Bei den Syrern und Afghanen hat es auch niemanden gestört. Gerade letzte Woche habe ich einem Afghanen in einem Klassenlager erklären müssen, weshalb die Ukrainer mehr willkommen sind, als die Afghanen. Das ist kein leichtes Unterfangen. Ich finde es auf jeden Fall unschön, dass der Stadtrat bei der Unterteilung in zwei Flüchtlingskategorien indirekt mitmacht. Können Sie das mit den Böllerschüssen nicht noch einmal hinterfragen? Das zugegebenermassen doch kleine aarauer Drama hat viel mit dem Schulhaus zu tun. So bestehen auch in unserer Fraktion ungute



Bauchgefühle und verschiedene Meinungen. Wir vertrauen aber mehrheitlich darauf, dass die Architekten einen schülernahen Vorschlag mit gutem Grünraum für die Pause präsentieren. Auch die Tradition und die Zweiklassigkeit ist beim Oberstufenzentrum ein Thema. Es ist ungesund, wie das OSA und die Bezirksschule im Moment zweiklassig getrennt sind und dies teilweise auch gelebt wird. Gerne nenne ich ein Beispiel. Der Schulleiter hat von einem Vater eine Anfrage erhalten. Dieser erkundigte sich, was er machen müsse, damit sein Kind nicht an das OSA käme. Der Schulleiter erkundigte sich daraufhin, wie alt denn sein Kind sei. Dieser entgegnete, dass der Geburtstermin in ca. zwei Wochen sei. Diese Geschichte ist wirklich wahr und bedarf eigentlich keiner weiteren Ergänzungen zum Thema Zweiklassigkeit mehr. Räumen wir doch mindestens hier die Zweiklassigkeit aus dem Weg. Die Tradition dürfte dann eher wohl bei einem allfälligen Abstimmungskampf zum Thema werden, dann, wenn man von der geliebten Bezirksschule loslassen muss. Für Böllerschüsse ist Pulver notwendig. Dieses ist jetzt natürlich noch nicht bestellt. Für das vorliegende Projekt braucht es anderen Pulver. Dieser würde in Form von 600'000 Franken bereitliegen. Damit würden wir dem Projekt einen Anfang ermöglichen. Ein neues Schulhaus ist allemal nötig. Eine Renovation des OSA ist nicht möglich, weil es immer mehr Schüler gibt und das Areal in der Fläche und in der Geschosshöhe wegen Ortsbildschutz begrenzt ist. Hinsichtlich flexibleren Fördermöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern ist es wichtig, alle Stufen – auch für ein grösseres Fächerangebot – auf einem Areal zu unterrichten. Ich denke da an den Lateinunterricht, welcher nicht überall angeboten werden kann oder an die Pensenplanung, die viele Sicherheiten und Vorteile für die Lehrer bringt. Ein weiterer Aspekt ist, dass es am OSA inzwischen sehr viele Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten und Spezialklassen gibt. Während den 12 Jahren, in denen ich am OSA tätig bin, hat diese Situation stetig zugenommen. Abteilungen wurden hochgefahren. Es ist Tatsache, dass wir diesen Zuwachs zahlenmässig nur noch knapp verkraften können, bis das ganze Konstrukt sozial kippt. Ein Oberstufenzentrum, zusammen mit der Bezirksschule, welches keine solchen Klassen hat, würde die Situation sehr entspannen und die Heterogenität würde wieder höher. Letztlich geht es darum, dass die Architekten, das Stadtbauamt und dann auch die Baukommission in dieser Phase sehr viel Fingerspitzengefühl beweisen und versuchen müssen, möglichst Vielen gerecht zu werden. Auch ist der Einbezug der Endnutzerinnen und -nutzer, also der Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen, in einem späteren Zeitraum zu beachten. Dafür wird viel Pragmatismus nötig sein. Auch gegenseitiges Vertrauen und Ehrlichkeit ist Voraussetzung. Ich habe vor einiger Zeit einmal den Betrag von einer Achtel Milliarde Franken für das Schulhaus Baden genannt. Damals bezeichnete man den Bau in Baden als eine Luxuslösung. Wir sind jedoch nicht mehr so weit davon entfernt. Machen wir es doch ein wenig besser, als der Stadtrat mit den Böllerschüssen, und zünden, mit dem nötigen Vertrauensvorschuss, den ganz grossen Böllerschuss vor dem Maienzug. Unsere Fraktion wird das mehrheitlich, teilweise mit einem eher ungunstigen Bauchgefühl, vornehmen. Das zeigt aber auch, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt keinen Skrupel haben werden, das Projekt abzulehnen, wenn zu wenig Infos vorhanden sind, oder den wichtigen offenen Punkten zu wenig Rechnung getragen wurde.

Verena Jean-Richard, Mitglied: Zuerst einmal herzlichen Dank allen Beteiligten, die das Projekt bis hierhin gebracht haben. Es steckt nämlich jetzt schon sehr viel Arbeit, viel Leidenschaft und auch viel Weitsicht darin. Mit dem Oberstufencampus haben wir ein Projekt, welches nicht nur die Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschüler, sondern ganz Aarau tragen wird. Es ist eine riesige Chance für Aarau, für die Telli, für unsere Kinder und unseren Schulstandort. Nebenbei bietet es auch noch eine Chance, um den doppelten Kantonschulstandort beizubehalten. Der Prozess, welcher zu dem Projekt führte, ist breit abgestützt, ist rational nachvollziehbar und alle wesentlichen Elemente wurden berücksichtigt. Die Durchmischung der verschiedenen Oberstufen ist sowohl für die Schüler, als auch für die Lehrerinnen und Lehrer, bereichernd. Ein einziger Standort ist sinnvoll, attraktiv und birgt sehr viel Potenzial für Synergien und auch für Innovation. Wir finden, dass es sich um ein tolles Projekt handelt. Bei aller Begeisterung haben wir aber auch Respekt davor. Vor



allem aus drei Gründen. Der erste Punkt betrifft die Verkehrsentwicklung. Es geht nicht nur um die Tellistrasse. Es geht auch um die Mühlemattstrasse, um den Zickzackweg, um die Eckstrasse, um den Philosophenweg, um einen weiteren Aareübergang, um die Verbreiterung des ersten Übergangs, sogar um die Unterführung in das Telli Zentrum und nebenbei um viele andere Verkehrspunkte in der Stadt, ausserhalb der Telli, welche auch mehr Veloverkehr haben werden. Ich war mit 12 Jahren keine verantwortungsbewusste Velofahrerin. Mein Alptraum ist ein tödlicher Unfall, weil im Jahr 2029 immer noch eine separate Veloführung irgendwo fehlt. Die Oberstufenschüler von 2029 besuchen ab diesem Sommert den Kindergarten. Wir haben nicht mehr viel Zeit. Die Verkehrsplanung müssen wir jetzt angehen. Der zweite Punkt betrifft eine echte Qualität der Aarauer. Sie interessieren sich nämlich sehr, was in der Stadt läuft und man diskutiert darüber. Das Quartiergespräch in der Telli dreht sich im Moment um den Oberstufencampus. Viele, welche Zugang zu den relevanten Informationen haben, sind von diesem Projekt überzeugt. Die meisten Aarauerinnen und Aarauer haben aber noch nicht so viele Informationen. Sie wissen nur, dass es ein Zentrum für über 1000 Teenager geben soll und sind besorgt. In den letzten Tagen und Wochen wurde viele Ängste von Anwohnern an mich herangetragen. Es wird befürchtet, dass überall Abfall herumliegen wird, dass es Vandalismus geben wird. ÖV-Nutzerinnen und -Nutzer befürchten, dass man nicht mehr in die Busse einsteigen kann, weil diese aufgrund der Berufsschule überfüllt sein werden. Auch andere Ängste sind vorhanden. Lehrer haben vor einer Massenabfertigung oder von sozialen Problemen, wie Mobbing, Angst. Eine ältere Nachbarin von mir hat Bedenken wegen der vielen Töfflis. Die Ängste mögen diffus sein oder konkret. Aber sie sind real und das ist auch gut so. Dies zeugt von echtem Interessen in der Bevölkerung. Die Meinungen zu diesem Oberstufencampus werden heute gemacht. Die Leute warten nicht darauf, was wir entscheiden, was der Stadtrat entscheidet, wie der Wettbewerb läuft, wann er abgeschlossen ist. Wir wissen es alle. Wenn eine Meinung erstmals gefasst ist, dann haben es Argumente anschliessend recht schwer. Darum braucht es jetzt einen niederschweligen Dialog mit den Aarauerinnen und Aarauern. Und zwar nicht pseudopartizipative Ansätze, indem fünf Leute zwei Anliegen einreichen, welche aufgenommen werden, jedoch sowieso schon vorgesehen waren. Es braucht eine Homepage oder eine Plattform, auf welcher laufend über das Projekt informiert wird, auf welcher jeder und jede Fragen stellen und Anliegen deponieren kann. Diese Fragen müssen natürlich auch beantwortet werden. Dafür braucht es keine fixfertigen Lösungen oder Antworten. Man kann zum Beispiel dazu stehen, noch nicht alles zu wissen, aber Überlegungen dazu anzustellen. Eine solche Haltung erweckt den Eindruck, ernst genommen zu werden, was sehr wichtig ist. Verglichen mit den Kosten einer Verzögerung oder eines negativen Urnenentscheids ist der Aufwand sehr klein, auch wenn es etwas kostet. Wir fordern deshalb eine aktive, niederschwellige, moderne, dialogorientierte Kommunikation, wenn wir nicht riskieren wollen, dass die Stimmung jetzt schon beim Wettbewerbskredit kippt. Eigentlich hätte man damit schon gestern beginnen sollen. Der dritte Punkt betrifft das Wohl der Kinder. Die zukünftigen Generationen werden uns dankbar sein, wenn wir heute nicht sparen. Die Oberstufenzeit ist eine prägende Phase. Wir erinnern uns bestimmt alle daran. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich wohlfühlen und zurückziehen können. Sie sollen sichere und verschiedene Aussen- und Innenräume haben. Sie sollen individuell gefördert werden. In 30 Jahren sitzen hier auf unseren Plätzen wahrscheinlich Aarauerinnen und Aarauer, welche im Oberstufencampus in die Schule gegangen sind. Es ist möglich, eine moderne Schule zu bauen, welche alle Bedürfnisse aufnimmt. Wir müssen einfach bereit sein, jetzt in unsere Kinder und in die zukünftige Aarauer Gesellschaft zu investieren. Mit diesen drei Forderungen, vorausschauende Verkehrsplanung, die Sorgen der Menschen aufzunehmen und nicht an den Bedürfnissen der Kinder zu sparen, unterstützt die SP den Antrag für den Wettbewerbskredit einstimmig und freut sich auf das Jahrhundertprojekt. Den Antrag auf Rückweisung erachten wir als ein Zeichen dafür, dass die Stadt punkto Information gewisse Hausaufgaben zu machen hat. Obwohl wir diesen einstimmig abgelehnt haben, sollte man diesen trotzdem ernst nehmen.



Stefan Zubler, Mitglied: Anscheinend ist die FDP nicht die einzige Fraktion, welche viel und intensiv über die vorliegende Botschaft diskutiert hat. Neben baulichem und finanziellem Volumen eines solchen Oberstufenzentrums gibt es weitere verschiedenen Themen und Bereichen, welche aufeinanderprallen. Wir haben jetzt vieles schon stichwortartig gehört. Ausserdem war am Anfang auch vieles noch nicht ganz klar und das Geschäft wurde aus unserer Sicht zu Recht in eine zweite Runde in der FGPK geschickt. Es hat einen zusätzlichen Informationsanlass gegeben. Während der Beratung in der Fraktion haben wir uns aber auch immer wieder daran erinnern müssen, dass es sich lediglich um einen Wettbewerbskredit handelt und noch nicht um einen Baukredit von 150 bis 200 Millionen Franken. Obwohl wir nur über die vergleichsweise tiefe Summe von 600'000 Franken sprechen, war die Bearbeitung trotzdem nicht ganz einfach. Objektiv betrachtet können wir die uns in der Botschaft dargelegten Überlegungen mehrheitlich nachvollziehen. Ein Standort für sämtliche Leistungszüge kann aus unserer Sicht sinnvoll sein, ein Nachteil ist es sicher nicht. Stufendurchmischte Klassen lehnen wir jedoch ab. Das ist ja vom Kanton auch nicht so vorgesehen. Die Notwendigkeit von 66 Abteilungen ist aus unserer Sicht ebenfalls gegeben. Hanspeter Thür hat darüber informiert und die bisherigen Prognosen zur Entwicklung der Anzahl Schülerinnen und Schüler waren sehr präzise. Auch die organisatorischen Vorteile eines Standorts oder eines Standorts ab einer gewissen Grösse überzeugen uns. Freifächer, Schulzimmer, Lehrerpensen können besser und effizienter genutzt und verteilt werden. Zusätzlich lohnt es sich, eine Mensa zu betreiben, was wiederum die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert. Die Wahl des Standorts für eine Schule in dieser Grösse ist für uns ebenfalls nachvollziehbar. Die einzige Alternative scheinen die Gönhardgüter zu sein und ich spreche wohl für alle hier im Saal, wenn ich die Meinung vertere, dass dies die letzten Landreserven sind, welche wir hoffentlich nie anfassen sollten. Ausserdem liegt die Telli ziemlich genau in der Mitte des ganzen Schulperimeters und dadurch optimal. Durch den Landabtausch mit dem Kanton können wir gleichzeitig den Kantistandort Aarau stärken. Diese Argumente wurden vorher bereits erwähnt. Dadurch bieten wir der neuen Kantonsschule weitere Entwicklungsmöglichkeiten. Der Landabtausch gelangt noch separat in den Einwohnerrat, und, je nach finanzieller Ausgestaltung, höchstwahrscheinlich auch vor das Volk. Der heutige Wettbewerbskredit ist also noch keine definitive Zusage, aber trotzdem ein starkes Bekenntnis zum Standort Telli. Obwohl das pädagogische Konzept nicht Bestandteil dieses Antrags ist, muss ich doch festhalten, dass dieses gewisse Fragezeichen aufwirft, zumindest in unserer Fraktion. Wir haben aus unserem Umfeld oder aus dem Umfeld der Kreisschule auch vernommen, dass der neue Schulvorstand beginnt, gewisse, bei der vorherigen Schulpflege doch sakrosankte Ideen zu hinterfragen. Wir begrüssen das und erwarten, dass solche Entwicklungen in diesem Projekt noch aufgenommen werden können. Ausserdem würden wir auch eine externe Analyse des pädagogischen Konzepts und den Auswirkungen dieses Konzepts auf das Bauprojekt unterstützen. Punkt 2: Wie bereits im Vorfeld oder auch heute von mehreren Seiten vernommen, ist eine Lösung für den Verkehr noch nicht spruchreif. Bei einer Schule dieser Grösse und entsprechendem Verkehr brauchen wir zwingend ein lösungsorientiertes Konzept. Punkt 3: Die Baukosten sind gemäss Botschaft mit anderen Schulbauten vergleichbar. Es handelt sich hier aber nur um eine grobe Schätzung. Heute sagen wir zu diesem Standort noch nicht definitiv ja. Spätestens aber, wenn der Landabtausch dem Einwohnerrat vorliegt und angenommen würde, gibt es sicher keinen Weg mehr zurück. Es wäre ein Debakel, wenn der Baukredit dann plötzlich massiv höher ausfällt als heute diskutiert. Auch ist noch nicht geklärt, was mit dem Hallenbad passiert. Die Stadt würde ein sanierungsbedürftiges Objekt übernehmen. Wie wird das im Zusammenhang mit diesem Landabtausch abgegolten? Was wird die Sanierung kosten und wer kommt dafür auf? Für den Stadtrat und die Verwaltung wäre es wichtig, wenn zu diesen Fragen möglichst bald Antworten oder immerhin konkrete Ideen präsentiert werden, denn ansonsten ist der Landabtausch im Einwohnerrat ungewiss. Sobald wir uns zum Landabtausch bekennen, gibt es praktisch kein Zurück mehr und wir müssen zum Projekt Oberstufenzentrum Telli ja sagen, unabhängig davon, wie dieses dann irgendwann aussieht. Bis dann und in Anbetracht des Zeitplans unterstützt die FDP-Fraktion den Wettbewerbskredit einstimmig.



Susanne Klaus Günthart, Mitglied: Die grüne Fraktion steht ohne Wenn und Aber hinter dem Wettbewerbskredit. Ein Oberstufenzentrum in dieser Art und in dieser Grösse ist eine Chance. Mit dem Lehrplan 21 haben sich die Anforderungen an den Schulraum und somit auch an ein Schulhaus verändert. Ich bin der Meinung, dass beide Oberstufenschulhäuser diesen Anforderungen jetzt nicht mehr gerecht werden. Wir sehen in diesem Projekt einerseits eine Ressourcenoptimierung. Wir stellen uns vor, dass es wirklich ein grosses, tolles und modernes Chemielabor geben könnte, welches dann für alle Schüler zugänglich ist. Auch eine Mensa, Gruppenräume, tolle Turnhallen, eine Bibliothek, einfach für alle Schüler das gleiche. Damit wird eine Chancengleichheit erzielt. Auf Einladung durfte ich als Kreis-schulrätin einen Besuch im Risiacherschulhaus in Buchs machen. Das Risiacherschulhaus ist ein topmodernes Schulhaus mit ganz vielen guten Gegebenheiten für gute Lernformen, Lernlandschaften, einfach top. Unsere Schulhäuser in Aarau sind anders. Aber eigentlich hätten alle Kinder das gleiche Schulhaus und die gleiche moderne Schule verdient. Mit dem geplanten Oberstufenzentrum würde wenigstens allen Oberstufenschülern die gleichen Standards zur Verfügung stehen. Das würden wir sehr begrüßen. Die Zusammenführung von Bezirks- Sekundar- und Realschule ermöglicht auch eine klassenübergreifende Zusammenarbeit. Verschiedenen Checks zeigen auf, dass sich der beste Realschüler und der schlechteste Bezirksschüler in gewissen Fächern überschneiden, müssen die Kinder doch dort abgeholt und gefördert werden, wo sie stehen. Wenn die Möglichkeit besteht, ein Kind auch einmal in einem anderen Zug in einem gewissen Fach mitlaufen zu lassen, wäre das eine Riesenchance. Diese Zusammenführung finden wir sehr wichtig. Wir wünschen uns, dass der Stadtrat mutig ist und hoffentlich das Projekt gekürt wird, welches viele Visionen beinhaltet. Das Oberstufenzentrum braucht Visionen. Die Schule allgemein braucht Visionen. Zudem ist es wichtig, dass man die Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler, die Schulsozialarbeiterinnen und die Schulsozialarbeiter, die Schulleitungen etc. abholt und ihnen bei diesem Projekt eine echte Mitsprache schenkt. Bezüglich des angesprochenen Verkehrsaufkommens vertreten wir die Meinung, dass es für die Stadt Aarau eine Chance ist, sich mit dem Veloweg und dem öffentlichen Verkehr auseinander zu setzen. Wir sind überzeugt, dass der Stadtrat das so macht. Das Thema Landabtausch und die Stärkung der neuen Kantonsschule Aarau finden wir auch sehr wichtig. Wir sind stolz auf unsere Kantonsschule Aarau. Wir wollen diese behalten. Unsere Fraktion möchte das Thema Oberstufenzentrum weiterverfolgen. Deshalb stimmen wir diesem Wettbewerbskredit zu.

Urs Winzenried, Mitglied: Alle Argumente, welche die SVP-Fraktion gegen dieses Projekt hat, habe ich im Rahmen der Rückweisung begründet. Deshalb kann ich auf eine Wiederholung verzichten. Die SVP-Fraktion wird das Projekt einstimmig nicht überweisen, respektive ablehnen. Die Argumente liegen vor. Viele Vorredner haben sich ebenfalls dahingehend geäußert, dass noch viele Punkte überprüft werden müssen. Verschiedene Stolpersteine werden befürchtet. Wir sind der Überzeugung, dass jetzt der Moment wäre, noch einmal einen Marschhalt einzulegen und die notwendigen Abklärungen zu treffen. Ich möchte betonen, dass die SVP nicht gegen guten und modernen Schulraum und gute Bedingungen ist. Aber zum jetzigen Zeitpunkt können wir das Projekt so nicht unterstützen.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Vielen Dank für die doch mehrheitlich positive Aufnahme dieses Geschäfts. Es wurde verschiedentlich auf die komplexe Thematik hingewiesen. Diese ist uns sehr bewusst und ich bin froh, dass es in der FGPK auch eine intensive Auseinandersetzung darüber gegeben hat. Die über 30 gestellten Fragen, welche dazu Anlass gaben, das Ganze zu vertiefen, waren wichtig. Wir sind uns bewusst, dass es sich um ein sehr komplexes Geschäft handelt, weil sehr viel miteinander verknüpft ist. Der Landabtausch, der Kantonsschulstandort, die Durchmischung, welche jetzt im Zentrum steht. Ich stelle anhand der vorangegangenen Voten fest, dass diese Stichworte – Durchmischung, Zweiklassengesellschaft unten und oben, Synergien nutzen – aufgenommen worden sind. Wichtig für uns ist es auch, dass von Ihrer Seite bestätigt wird, den Kantonsschulstandort



zu stärken. Dieses Anliegen war für den Stadtrat in den letzten Jahren sehr wichtig, um sich auf Regierungsebene einbringen zu können. Natürlich bestehen noch Fragen. Gerade heute Abend werden wir noch mit einem Geschäft konfrontiert sein, welches uns hervorragend in die Lage versetzt, die Verkehrssituation in diesem Gebiet zu verbessern. Ich spreche vom Kauf des Mühlemattthofs. Dieses Kaufinteresse bezieht sich ganz massgeblich auf den Ausbau der Mühlemattstrasse und die Verbesserung der Velorouten in Kombination oder in Ergänzung zum BGK Tellistrasse, wofür ja bereits einmal ein Projekt vorlag. Dieses Projekt ist jedoch überholt und man wollte es noch einmal neu in Angriff nehmen, damit bei der Tellistrasse und der Mühlemattstrasse eine massgebliche Verbesserung der Verkehrssituation erzielt werden kann. Unabhängig davon, ob ein Projekt für ein Oberstufenzentrum geplant ist. Ich verweise zudem auf den bereits beschlossenen Veloübergang neben dem Fussgängersteg auf das Inseli. Einige Punkte müssen somit hinsichtlich der Verkehrsanordnung verbessert werden. Das ist uns völlig klar. Deshalb verstehe ich auch die Hinweise, welche wir sehr ernst nehmen. Spätestens, wenn wir mit dem Projektierungskredit an Sie gelangen, müssen die Vorstellungen etwas konkreter sein. Die angesprochenen Ängste sind auch für uns nachvollziehbar. Daher steht fest, dass eine gute Kommunikation stattfinden muss. In der Telli wird sich sehr viel verändern, unabhängig dieses Oberstufenzentrums. Wir sind daran, einen Entwicklungsrichtplan Telli Ost umzusetzen. Das Gebiet Telli steht im Fokus unserer Planung. Alles muss irgendwie auf die Reihe gebracht werden. Dieser Thematik sind wir uns sehr bewusst und wir pflegen bei solchen grossen Vorhaben dialogorientierte Prozesse, in welche die Bevölkerung einbezogen wird und man deren Anliegen abholt. Das Wohl des Kindes steht für uns im Zentrum. Ich bin froh, dass den Architekten eine gewisse Sensibilität zugemutet wird, im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens auch kindergerechte Lösungen vorzuschlagen. Die Jury, welche das Projekt bewertet, wird solche mit Bestimmtheit im Blickfeld haben. Wir haben ja Erfahrung mit Wettbewerbskrediten. Wir befassten uns eben mit dem Projekt Pflegeheim Herosé und durften erleben, wie sich tolle Projekte im Rahmen solcher Wettbewerbe herauskristallisieren. Auch das Projekt Alte Reithalle ist im Rahmen eines solchen Wettbewerbs zustande gekommen. Nicht zuletzt haben wir als Stadt auch den Wakkerpreis erhalten, weil man offenbar schätzt, dass sich Aarau auch mit der Baukultur und mit der Entwicklung von Bauten in dieser Stadt auseinandersetzt. Ich bin über die Bestätigung froh, wonach man unseren involvierten Fachleuten eine gute Arbeit zumutet. Ich bin überzeugt, dass man später in 20 Jahren, wenn dann unsere Oberstufenschülerinnen und -Schüler in diesem Rat sitzen und das 20-jährige Jubiläum des Oberstufenstandorts feiern, von einer guten Geschichte sprechen wird.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Eiwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Eiwohnerrat bewilligt den Wettbewerbskredit für den Architektenwettbewerb Oberstufenzentrum Telli in der Höhe von 600'000 Franken inkl. 7.7. % MwSt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 7

Mühlemattstrasse 69-73, Mühlematthof, Parz. 3114, Kauf durch die Stadt Aarau von Hassim AG

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 25. April 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Kaufvertrag zum Kauf der Liegenschaft Mühlematthof, Parz. 3114, zum Preis von 6.95 Mio. Franken, zuzüglich der Notariatskosten und Grundbuchgebühren zu Lasten der Einwohnergemeinde Aarau wird genehmigt.

Anträge zu diesem Geschäft sind keine eingegangen. Wir hören zuerst das Referat der FGPK. Dann folgen die Diskussion im Einwohnerrat, die Stellungnahme des Stadtrates sowie eventuelle Rückfragen und schlussendlich die Abstimmung. Das Referat der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hält Peter Jann.

Peter Jann, Mitglied: Es handelt sich um ein Projekt von rund 7 Millionen Franken. Die FGPK hat das Geschäft an ihrer Sitzung besprochen. Als Auskunftspersonen standen Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker und Marco Palmieri, Leiter Portfoliomanagement, zur Verfügung. Dem südöstlichen Aareufer kommt, als wertvoller öffentlicher Raum mit hoher Nutzungsintensität, eine hohe Bedeutung zu. Es ist das Ziel der Stadt, mittel- und langfristig das Gebiet aufzuwerten. Dazu hat die Stadt auch eine Planungsstudie erstellen lassen. Mit dem Budget 2022 ist ein Betrag von 150'000 Franken für die Ausarbeitung eines Vorprojektes gesprochen worden. In einem ersten Schritt soll der heute gemischt genutzte Fussgänger- und Veloweg entlang der Aare entflechtet werden und es wird neben dem Fussgängerweg einen separaten, vom MIV getrennten, Veloweg geben. Der dazu notwendige Flächen- und Raumbedarf würde unter den aktuellen Besitzverhältnissen zu einem Landabtretungs- oder Enteignungsverfahren führen, was wiederum die Realisierung der Entflechtung des Velowegbaus und der geplanten Aufwertung deutlich erschweren würde. Aus diesem Grund beabsichtigt der Stadtrat mit dieser Botschaft, die Voraussetzungen zum Kauf der Liegenschaft Mühlematthof zu schaffen. Über die konkrete Ausgestaltung des Gebiets und der Aufwertung wird der Stadtrat eine gesonderte Botschaft vorlegen. Aus Sicht der Auskunftspersonen sprechen folgende Argumente für dieses Projekt: Einerseits ist es die Arrondierung des Portfolios. Die umliegenden Grundstücke befinden sich schon jetzt im Besitz der Stadt Aarau. Mit dem Erwerb dieses neuen Grundstücks würde man das Portfolio ideal ergänzen und gleichzeitig hätte die Stadt für die geplante Aufwertung und die Entflechtung der Mobilitätsformen einen zusätzlichen Handlungsspielraum im Zusammenhang mit Landabtauschverfahren. Ebenfalls als wichtiges Argument wird die Sicherheit für die bestehende Mieterschaft genannt. Der Kauf durch die Stadt ermöglicht eine faire und weitsichtige Wohnperspektive für die bestehenden Mieter. Die Behandlung dieses Geschäfts führte zu keinen grossen Diskussionen, aber es hat doch einige Fragen, beispielsweise zum Preis, gegeben. Die Preisschätzungen wurden nach verschiedenen Methoden vorgenommen. Der beantragte Betrag ist tiefer, als man mit einem reinen Investitionsprojekt mit Maximierung des Ertrags hätte erzielen können. Aber er ist höher als der Verkehrswert. Die Auskunftspersonen haben in der Diskussion die Höhe des geplanten Kaufbetrages plausibel erklären können. Die 17 Wohnungen sind begehrt. Die Stadt beabsichtigt, die bestehenden Mietverhältnisse weiterzuführen und die Mieter wurden von der Stadt frühzeitig über den geplanten Kauf informiert. Die Mietzinse liegen zwischen 1140



und 1485 Franken netto, je nach Grösse der Wohnungen. Somit werden jährliche Einnahmen von rund 250'000 Franken erzielt. Wenn man die Mieten nach Marktpreis verrechnen würde, wären die Einnahmen insgesamt leicht höher. Die Liegenschaft stammt aus den Vierzigerjahren. Sie ist aber vom bestehenden aktuellen Besitzer gut unterhalten worden. Es wurde regelmässig renoviert und investiert. Im Moment ist somit kein Investitionsbedarf gegeben. Allerdings wird noch mit Öl geheizt. Ein Ersatz der Heizung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgesehen. Auch über die Platane am Philosophenweg wurde diskutiert. Diesbezüglich hat Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker persönlich das Versprechen abgegeben, dass der Baum in seiner ganzen Pracht bestehen bleiben soll und die Wegführung entsprechend angepasst wird. In der Botschaft ist auch die Möglichkeit der Öffnung der Erdgeschosses zur Quartiernutzung aufgeführt. Das hat ein wenig zur Verwirrung geführt. Gemäss Auskunftspersonen gibt es dazu aber keine konkreten Überlegungen. Es war einfach eine Idee. In der Schlussdiskussion wurde das Geschäft noch einmal gelobt und die Anwesenden waren einstimmig der Meinung, dass man das Geschäft unterstützen soll. Besonders positiv hervorgehoben wurde der strategische Handlungsspielraum für die zukünftige Aufwertung des vorhandenen Raums. Die FGPK empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Im Sinne der Wegeffizienz und Zeitersparnis halte ich gerade noch das Fraktionsvotum. Die Fraktionsgemeinschaft Zentrum EVP/EW, Pro Aarau, Die Mitte, GLP stimmt diesem Geschäft einstimmig zu und dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die umsichtige Planung. Das südöstliche Aareufer, der Perimeter mit der Schwanbar bis zur alten Stadtgärtnerei gehört jetzt schon zur Freizeit- und Erholungsperle von Aarau mit entsprechend hoher Frequentierung und Erholungsdruck. Vor allem der Philosophenweg lädt an schönen Sonntagen weniger zum Philosophieren ein, als vielmehr zu Diskussionen darüber, wer denn jetzt Vortritt und wer denn da gar nichts zu suchen hat. Der Kauf der Liegenschaft Mühlematthof für rund 7 Millionen Franken ermöglicht der Stadt den notwendige Gestaltungs- und Handlungsspielraum für die Entflechtung des Fussgänger-, Velo- und Autoverkehrs sowie die zukünftige Aufwertung des Perimeters. Eine rasche Umsetzung ist damit ermöglicht. Aus Sicht der Fraktionsgemeinschaft Zentrum ist der Preis vernünftig. Finanziell sehen wir keine Risiken. Wie erwähnt, braucht die Liegenschaft keine dringliche Sanierung, sie kann gut vermietet werden und die Erträge von 250'000 Franken fliessen in das Finanzvermögen und den Finanzertrag. Der einzige Wermutstropfen liegt in der bestehenden Ölheizung. Es konnte keine abschliessende Antwort gegeben werden, was dereinst mit dieser geschieht. Der Kauf ist ein gutes Beispiel für einen umsichtigen und strategisch sinnvollen Immobilienkauf der Stadt, welcher zahlreiche Handlungsoptionen zulässt und eigentlich auch dem Verkäufer entgegenkommt. Obwohl noch nicht konkret ein Teil des Antrags möchte ich mich noch zur geplanten Aufwertung des Perimeters äussern. In einem ersten Schritt wird – wie in der Planungsstudie beschrieben – die Entflechtung der Mobilitätsformen in Angriff genommen. Längerfristig sind Aufwertungen geplant. Im FGPK-Protokoll ist zu lesen, dass dabei auf die Parkplätze Rücksicht genommen werden soll, was jedoch nicht aufgeführt wurde. Ich wäre froh, wenn man im Protokoll noch ergänzen könnte, dass mit der Anlage der alten Stadtgärtnerei ebenfalls vorsichtig umgegangen wird. Wir haben dort schon einen guten und wertvollen Ort für das Quartier. In der Planungsstudie im Langfristhorizont verschwindet die alte Stadtgärtnerei zugunsten von Quartierstrukturen. Es wäre aber schade, wenn die bestehenden, jetzt schon nutzbaren Strukturen, aufwendig mit einer neuen ersetzt werden. Die alte Stadtgärtnerei ist, oder war es bis vor kurzem für mich ein Highlight in Aarau. Eine gelungene Mischung von Verkaufsstrukturen, Vertrauen des Besitzers in die Leute, die kommen, eine Synthese von Kommerz und nicht Kommerz. Ich habe mir lange überlegt, wie ich den Bogen zu den Böllerschüssen spannen soll. Ich glaube nicht, dass der Stadtrat einen Böller loslassen wird, wenn das Geschäft verabschiedet wird, Allenfalls sind es ein paar Bierflaschen, die geöffnet werden. Vielleicht ist es auch ganz gut, nicht immer und überall einen Böller schießen zu lassen. Ich würde es begrüßen, wenn man jetzt für einmal am Maienzug – aus Rücksicht auf die Flüchtlinge aus der Ukraine - kein Pulver verschossen würde. Ich war im Militär bei den



Panzer-Minenwerfern eingeteilt und Böllerschüsse erinnern mich immer wieder schwer an Artillerie. Wenn trotzdem geschossen wird, sollten die Flüchtlinge informiert werden, dass nicht Krieg ist, sondern dass gefeiert wird. Wir stimmen diesem Geschäft einstimmig zu.

Christian Oehler, Präsident: Zum Thema Böllerschüsse habe ich Ihnen beim Traktandum Anfragen die Möglichkeit gegeben, sich dazu zu äussern. Ich spüre, dass es sich um ein wichtiges Anliegen handelt. Wir wollen nicht mehr weiter darüber diskutieren. Der Stadtrat ist eingeladen, das Pulver rechtzeitig zu bestellen.

Nicole Lehmann Fricker, Mitglied: Jedes Mal, wenn ich der Aare entlangfahre, bin ich von dieser unglaublichen Schönheit und der Aarelandschaft fasziniert. Diese Begeisterung teile ich jedoch nicht alleine. Ich teile den Weg mit Spaziergängerinnen und Spaziergängern, Sportlerinnen und Sportlern oder Velofahrerinnen und Velofahrern. Es braucht oft eine grosse Portion Nerven, um aneinander vorbeizukommen. Als Fussgängerin störe ich mich an den rücksichtslosen Veloraserinnen und Velorasern und als Velofahrerin nerven mich die Fussgängerinnen und Fussgänger. Damit bin ich nicht alleine und das habe ich auch in der FDP-Fraktion wahrnehmen können. Deshalb sieht die FDP-Fraktion durchaus Handlungsbedarf, indem die Aareufererschliessung Süd, Teil Ost für Fussgänger optimiert und der Fahrradweg zur Mühlemattstrasse verlegt werden soll. Als sinnvoll wird auch die Arrondierung dieses letzten Grundstücks entlang der Uferzone im Perimeter Süd betrachtet. In der FDP-Fraktion wurde auch angeregt über die Kaufsumme diskutiert. Zum Teil ist sie als unverhältnismässig hoch eingestuft worden. Wir verhandeln über einen Kaufpreis, welcher mit 5,7 bis zu 7,5 Millionen Franken angegeben wird. Aus der Botschaft ist zu entnehmen, dass die Stadt einen entsprechenden Schätzungsauftrag an einen Immobilienschätzer erteilt hat, welcher eine Verkehrswertschätzung von 5,55 Millionen abgegeben hat. Auf eine Due Dilligence, wie sie beim Kauf der Liegenschaft Waltherburg vorgenommen wurde, wurde verzichtet. Mit einer weiteren Schätzung wurde beurteilt, welchen Preis ein Investor für den Abbruch des bestehenden Gebäudes und einen Neubau mit voller Ausnutzung der Parzellen hätte bieten können. Diese Schätzung wurde mit 7.95 Mio. beziffert. Aber auch diese Zahl wird von uns hinterfragt. Wir bezweifeln, ob die Parzelle voll ausgenutzt werden kann, denn es besteht ja ein Plan, wonach der Uferweg für Fussgänger erstellt und der Veloweg anschliessend nach vorne an die Neumattstrasse verlegt wird. Aus diesem Grunde hinterfragen wir diese Zahl. Die Liegenschaft stammt aus dem Jahr 1942. Es handelt sich also um ein sehr altes Gebäude. Die Ölheizung, welche aus klimapolitischen Gründen ersetzt werden müsste, generiert zweifellos auch Kosten. Wir wissen auch nicht, ob Bauherren-Altlasten, wie Asbest, vorhanden sind, beziehungsweise wie hoch der Sanierungsbedarf tatsächlich ist. Wurden die Leitungen einmal ersetzt? Wie sieht die elektrische Installation aus? Das wären sehr hohe Kosten, die bei einer solchen Liegenschaft anfallen können. Die 17 Wohnungen hingegen werden mit sehr tiefen Mietzinsen belebt und auch die 19 Aussenparkplätze kann man schon ab 50 Franken mieten. Die Preisvorstellungen der Hassim AG lagen bei 7.1 Mio. Franken. Man einigte sich dann auf 6.95 Mio. Franken, zusätzlich Grundbuch- und Notariatskosten zu Lasten der Käuferschaft, was auch nicht immer üblich ist. Damit liegt der Kaufpreis schon über 7 Mio. Franken. Wir stellen uns die Frage, wie intensiv das Geschäft wirklich verhandelt wurde oder ob man diesbezüglich einfach den schnellsten Weg für den Kauf wählte. Wenn man 5.5 Millionen Franken, bei 250'000 Franken Mieteinnahmen pro Jahr, bezahlt, wären wir bei einer Rendite von 5,55 Prozent. Darin sind aber allfällige Renovationskosten, Rückstellungen für Sanierungen, Bauherrenaltlasten etc. nicht berücksichtigt. Mit der heute diskutierten Summe von 6.95 Mio. Franken, bzw. plus einem Prozent und damit 7'019'500 Franken, sind wir bei einer Brutto-Rendite von 3,56 % angelangt, minus die vorher bereits erwähnten Abzüge. Die Nettorendite kann dann um 2 bis 2.5 % tiefer ausfallen. Dann sprechen wir vielleicht noch von einer Rendite von 1,5 bis 2 %. Die Begründung des Stadtrates, dass der Kauf vor allem eine einfache Abwicklung der Sanierung der Kantonsstrasse und des Uferweges ermöglicht und der Kaufpreis absolut adäquat ist, überzeugt die FDP-Fraktion nicht.



Ein weiterer Punkt muss noch berücksichtigt werden. Im Falle eines Bauzonenabtauschs mit der Stadtgärtnerei muss mit weiteren Kosten gerechnet werden. Wenn man dann davon ausgeht oder plant, dass die Mühlematt nur noch eine Parkanlage sein soll, müsste mindestens ein Ersatz bei der Stadtgärtnerei geplant werden. Die Umwandlung darf nicht einfach ersatzlos – ohne Alternative – vollzogen werden. Aufgrund der obgenannten Gründe wird die FDP-Fraktion dem Geschäft nicht einstimmig zustimmen. Es gibt verschiedene Meinungen dazu. Wir appellieren an den Stadtrat, dass die Steuergelder überlegt verwendet und eingesetzt werden und er sich für ein Verhandlungsoptimum, nicht nur hinsichtlich des Projekts, sondern auch bezüglich der Kosten, einsetzt, einen angemessenen Kaufpreis verhandelt und mit den Steuergeldern mit grösster Sorgfalt und Verantwortung umgeht. In Sachen Immobilien-Ausgaben stellen wir fest, dass die Stadt Aarau noch Verbesserungspotenzial hat.

Aaron Bürki, Mitglied: Wir sehen den Kauf dieser Parzelle als absolut sinnvoll, da es sich dabei um den letzten Teil am Aaresüdufer handelt, der nicht im Besitz der Stadt Aarau ist. Dieser Kauf macht die Stadtplanung um einiges flexibler. Wir schätzen auch sehr, dass die Mietverhältnisse so weitergeführt werden und der Wohnraum dort bezahlbar bleibt. Von der Entflechtung der Velo- und Fussgängerwege profitieren alle. Muss man sich dort in Zukunft nicht mehr aneinander vorbeidrängen, weil auf dem engen Weg zu wenig Platz vorhanden ist. Wir erachten den Preis dieser Liegenschaft an dieser Lage und hinsichtlich dem planerischen Wert für die Stadt Aarau als absolut verhältnismässig. Aus all diesen Gründen wird die SP diesem Geschäft einstimmig zustimmen.

Petra Ohnsorg Matter, Mitglied: Auch die grüne Fraktion findet das Geschäft aus strategischer und finanzieller Hinsicht gut und wir danken dem Stadtrat, dass er sich um den Kauf bemüht. Wir hoffen, dass die Mieterschaft dem Handwechsel auch positiv gegenübersteht. Wir wünschen uns, dass die Mieterschaft bei weiteren Planungen in diesem Perimeter auch einbezogen wird und ihre Anliegen berücksichtigt werden. Wir werden dem Antrag einstimmig zustimmen.

Susanne Knörr, Mitglied: Der Kauf des Mühlematthofs ist ein "Schnäppchen". Mit dem Erwerb können wir einen gordischen Knoten, Velo-, Fuss- und Autoverkehr, lösen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die ganze Liegenschaft in ein paar Jahren vermutlich abgerissen und zu einem grösseren Renditeobjekt umgewandelt wird. Es wird dann attraktiven, aber auch teuren Wohnraum geben, was wir sehr bedauern. Wir finden, es ist gerade an einer solchen Lage toll, relativ günstigen Wohnraum zu haben. Die Fraktion der SVP stimmt dem stadträtlichen Antrag einstimmig zu.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Zwischen der ganzen Ufergestaltung besteht ein Konnex. Die Vorhaben im Aareraum waren auch der Auslöser, um an die Firma Hassin AG heranzutreten. Glücklicherweise befand sich die Hassin AG bereits in Verkaufsverhandlungen mit anderen Interessenten. Wir konnten den Kontakt im richtigen Zeitpunkt knüpfen, mussten uns aber gegenüber anderen Bewerbern behaupten. Wir sind in die Kaufsverhandlungen eingestiegen, indem wir selbst ein Gutachten erstellen liessen. Dieses Gutachten bringt keinen Maximalbetrag zum Ausdruck. Aber wir haben intern natürlich eine zweite Beurteilung gemacht und uns die Frage gestellt, welchen Betrag ein Investor für das Grundstück bezahlen würde, wenn er die Gelegenheit dazu hätte. Wir wussten, dass andere Verhandlungen laufen. Als Massstab nahmen wir das Eniwa Areal an der Erlinsbacherstrasse mit einem Schätzungspreis von ca. 7 – 8 Millionen Franken. Dafür wurden schlussendlich 10 Millionen Franken bezahlt, weil dort eine Pensionskasse mehr oder weniger mit null Franken Eigenkapital rechnet. Es war die Realität, dass wir mit Pensionskassen operieren mussten, welche quasi nur Anlageobjekte mit interessanten Entwicklungsmöglichkeiten suchten. Jetzt kann man natürlich lange diskutieren, ob der Preis zu hoch ist. Wir wollten



dieses Grundstück ganz einfach. Es ist für die Stadt derart strategisch wichtig, dass wir nicht über 6.5 oder 6.9 Mio. Franken diskutieren mussten. Wir konnten uns einigen, dass der Preis von 6.95 Mio. Franken vertretbar ist. Die Mietpreise sind an dieser Lage – im städtischen Vergleich – durchaus sensationell und viele Mieter wohnen seit Jahrzehnten in dieser Liegenschaft und möchten dort bleiben. Für uns ist das eine gute Situation. Natürlich kann man jetzt über die Bruttorendite von 3.58 % diskutieren. Wenn man noch Renovationskosten berücksichtigt, fällt sie etwas niedriger aus. Aber ich glaube, bei einem Referenzzinssatz von jetzt immer noch 1.5 %, welcher demnächst steigen wird, ist eine Nettorendite von 2.5 % für eine Liegenschaft mit solchem Potenzial nicht so schlecht. Man kann lange darüber philosophieren. Für uns war der Erwerb letztlich einfach ein so zentraler Punkt, dass wir den Kauf wollten. Die Gegenseite hat dieses Interesse auch realisiert. Wir haben unsere Pläne dargelegt. Ich bin der Meinung, dass der Preis fair ist. Die günstigen Wohnungen sind ein positiver Aspekt ist. Diese wollen wir beibehalten. Mit den Fragen eines Bauzonenabtauschs muss sich dann die nächste Generation befassen. Heute wollen wir die Mühlemattstrasse ausbauen und das Aareufer vom Veloverkehr entflechten. Das sind unsere zentralen Anliegen und nicht die Liquidation des Mühlematthofs. Das ist kein Thema. Vielleicht wird das dann in 20 oder 30 Jahren die nächste Generation angehen. Die derzeitige Situation ist für uns sehr gut. Gemäss den vorherigen Voten sehen das viele auch so.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 43 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung folgenden

Beschluss

Der Kaufvertrag zum Kauf der Liegenschaft Mühlematthof, Parz. 3114, zum Preis von 6.95 Mio. Franken, zuzüglich der Notariatskosten und Grundbuchgebühren zu Lasten der Einwohnergemeinde Aarau wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 8

Binzenhof Haltestellenumbau Perronanlage, Heinerich-Wirri-Strasse, Landerwerb durch Aargau Verkehr AG (AVA)

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 4. April 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Die Landabtretung von ca. 280 m² ab Parzelle 3448, Liegenschaft Heinerich-Wirri-Strasse 3, an den Staat Aargau zugunsten des Haltestellenumbaus Perronanlage Binzenhof, gemäss Vorvertrag wird genehmigt.

Wir hören zuerst das Referat der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Dann folgen die Diskussionen im Rat, die Stellungnahme des Stadtrates und die Abstimmung.

FGPK-Sprecherin ist Angela Milesi.

Angela Milesi, Mitglied: Ich gebe Ihnen in die Behandlung des Landerwerbs durch Aargau Verkehr AG (AVA) Einblick. Es handelt sich um eine Abtretung von 280 m², im Endeffekt an den Kanton Aargau. Betroffen ist die Parzelle 3448 der Einwohnergemeinde Aarau an der Heinerich-Wirri-Strasse 3. Dieses Grundstück gehört zum Verwaltungsvermögen. Daher ist gemäss Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Aarau der Einwohnerrat zuständig. Der Grund für die Abtretung ist in der Botschaft ausführlich ausgeführt. Es geht also um die Verbreiterung der Perronanlage, im weitesten Sinn um eine Fussgängerinsel. Für die Abtretung wurde vom Kanton zuerst weniger geboten. Hinsichtlich des bestehenden Gehweges weise ich rein informativ darauf hin, dass der Kanton, beziehungsweise die Abteilung Tiefbau, solche Gehwege gerade miterwirbt, wenn sie parallel zu einer Kantonsstrasse verlaufen. Dadurch liegt dann der bauliche Unterhalt beim Kanton. Der betriebliche Unterhalt liegt aber weiterhin in der Zuständigkeit unseres Werkhofs. In der Kommission wurden nicht sehr viele Fragen gestellt. Wir können diesem Geschäft jetzt nur zustimmen oder nicht, aber wir erhalten keine Kompetenz, beim Vorgehen und der Planung des Baus mitzubestimmen. Also bezogen sich unsere Fragen auf die Sicherheit. Der Fussgängerstreifen wird stadteinwärts verlegt und dadurch fällt die Achse Zurlindenstrasse-Heinerich Wirri-Strasse weg. Die Gefahr wird aber mit einem Geländer gelöst. Eine weitere Frage bezog sich auf die temporäre Belegung der Heinerich-Wirri-Strasse. Diese ist zeitweise nicht befahrbar. Auf beide Punkte hat die Stadt keinen Einfluss. In der Schlussdiskussion wurde gewürdigt, dass die Stadt mit dem Verkauf dieser 280 m² zu einer verbesserten Sicherheitssituation beitragen kann. Man hat jetzt das Augenmerk auf die Fussgängerinsel gelegt. Der Beschluss der FGPK fiel einstimmig aus, dem Einwohnerrat zu beantragen, die Landabtretung gemäss Vorvertrag gutzuheissen.

Ich halte gleich das Votum der grünen Fraktion. Die grüne Fraktion unterstützt den Beschluss der FGPK. Wir freuen uns, dass nach den verschiedenen Verzögerungen, welche es bei der Planung infolge von Nachbesserungen gegeben hat, jetzt auch an der WSB-Haltestelle Binzenhof bald mobilitätseingeschränkte Personen autonom ein- und aussteigen können. Hinsichtlich der Sicherheit beim Überqueren der Strasse wünschen wir uns, dass man dieses Bedürfnis, wo immer möglich, nicht aus den Augen verliert. Dem stadträtlichen Antrag stimmt die ganze grüne Fraktion zu.



Hanspeter Thür, Stadtrat: Ich danke für die gute Aufnahme dieses Geschäfts. Den Verzicht auf weitere Voten interpretiere ich als Zustimmung. Diese Perronverbreiterung und der Landabtausch von 280 m² sind zweifellos sinnvoll.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Landabtretung von ca. 280 m² ab Parzelle 3448, Liegenschaft Heinerich-Wirri-Strasse 3, an den Staat Aargau zugunsten des Haltestellenumbaus Perronanlage Binzenhof, gemäss Vorvertrag, wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 9

Ergebnisse der "Überprüfung der Busführung Altstadt Aarau" sowie Umsetzung und Finanzierung der Kurzfristvariante

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 4. April 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Verpflichtungskredit von 330'000 Franken zur Finanzierung der Kurzfristlösung zur Altstadtumfahrung, Montag bis Freitag jeweils abends sowie sonntags im Zeitraum Dezember 2022 bis Dezember 2025, wird genehmigt.

Zu diesem Geschäft möchte Stadtrat Werner Schib noch eine kurze Erklärung abgeben.

Werner Schib, Vizestadtpräsident: Christian Oehler hat eben den Antrag gemäss vorliegender Botschaft vorgelesen. Der Stadtrat hat diesen aber leider falsch gestellt. Dafür möchte ich mich entschuldigen.

Dank dem Hinweis der SVP-Fraktion, beziehungsweise Thomas Richner, und entsprechendem Antrag, halten wir fest, dass wir diese Kurzfristlösung auch am Samstagabend umsetzen wollen. Die Berechnung wurde auch entsprechend vorgenommen. Die verlangten 330'000 Franken betrifft die Altstadtumfahrung vom Montag bis und mit Samstagabend und am Sonntag. In diesem Sinne korrigiere ich jetzt diesen Antrag an den Einwohnerrat.

Christian Oehler, Präsident: Die Botschaft ist mit dem Antrag mündlich korrigiert worden. Dieser lautet neu:

Der Verpflichtungskredit von 330'000 Franken zur Finanzierung der Kurzfristlösung zur Altstadtumfahrung, Montag bis Samstag, jeweils abends sowie sonntags im Zeitraum Dezember 2022 bis Dezember 2025, wird genehmigt.

Will die SVP ihren Antrag aufgrund dieser Ausgangslage zurückziehen oder daran festhalten?

Thomas Richner, Mitglied: Nachdem der Stadtrat den Antrag jetzt entsprechend abgeändert hat, ziehen wir unseren Abänderungsantrag zurück.

Christian Oehler, Präsident: Somit werden wir mit dieser Korrektur in das Geschäft einsteigen. Zuerst hören wir das Referat der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Anschliessend folgen die Diskussionen im Rat, die Stellungnahme des Stadtrates sowie die Abstimmung. Dieter Wicki wird das Kommissionsreferat halten.

Dieter Wicki, Mitglied: Zum Thema Bus in der Altstadt wurde bereits viel Pulver verschossen. Heute geht es um einen Verpflichtungskredit von 330'000 Franken. Darüber stimmen wir heute ab. Ich erwähne dies, weil in der gleichen Botschaft ganz viele Informationen gegeben werden, wie der Bus inskünftig ganz aus der Altstadt verschwinden könnte. Es werden viele verschiedene Varianten aufgezeigt. Über diese stimmen wir heute aber nicht ab. Es geht lediglich um den Verpflichtungskredit. Innerhalb der Altstadt gibt es bekanntlich



keine Bushaltestellen, diese liegen nahe der Altstadt. Das ist die Ausgangslage. Die Zukunft wird zeigen, ob es noch zusätzliche Haltestellen in der Nähe der Altstadt geben wird. Wir haben das Geschäft am 7. Juni 2022 in der FGPK wohlwollend diskutiert. Aus den Voten ging die Wichtigkeit hervor, dass die Altstadt gut an den öffentlichen Verkehr angebunden ist, besonders für Leute aus den umliegenden Gemeinden und auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Dazu liegt ein Lösungsvorschlag vor. Die FGPK hat diesem mit 8 zu 1 Stimme zugestimmt und empfiehlt, diesem Antrag zu folgen.

Das war nun mein letztes Votum im Einwohnerrat, da ich aus bekannten Gründen meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekanntgegeben habe. Ich verlege meinen Wohnsitz ins Ausland. Ich wünsche Ihnen weiterhin engagierte Debatten im Rat.

Christian Oehler, Präsident: Wird die Diskussion im Einwohnerrat gewünscht?

Brigitte Vogt-Wehrli, Mitglied: Die Meinungen zu diesem Thema sind unterschiedlich. Für unsere Fraktion und vor allem für mich zeichnet sich endlich ein echter Wille ab, die Altstadtgassen sinnvoll und rücksichtsvoll vom Busverkehr zu befreien. Wir sind zuversichtlich, dass eine gute Realisierung im Rahmen der Gesamtüberprüfung des Verkehrskonzepts der Region erfolgt und damit das Konzept breit erarbeitet und entsprechend gut abgestützt und eingebettet sein wird. Die Stadt hat sich ja auch bereit erklärt, die entsprechenden Projektleitungen zu übernehmen. Unser Postulat von 2018 war bekanntlich nicht die erste Version zu diesem Thema. Alle vorherigen Anstrengungen sind aber nicht weitergekommen. Dieses Mal aber schon. Vielleicht ist es jetzt einfach Zeit dafür. Vielleicht aber hat auch die Unterstützung durch all die Mitunterzeichnenden Ihrer Fraktionen mitgeholfen aufzuzeigen, dass das Anliegen wirklich breit in der Bevölkerung abgestützt ist. Jetzt liegt der erste Überprüfungsbericht vor und beschreibt 11 Varianten von neuen Linienführungen, welche mit der Einbindung der betroffenen Kreise und der Bevölkerung, inklusiv Aussengemeinden, umfassend erarbeitet wurden. Ich war auch Teilnehmerin eines solchen Workshops. Es war spannend, wie das Resultat entstanden ist. In der Evaluation verblieben noch drei Varianten und alle drei haben eine vollständige Busbefreiung der Altstadt zum Ziel. Das ist für uns ein klares Bekenntnis der Stadt, eine machbare Umsetzung auch zu suchen. Die drei Varianten befinden sich nun in der Vertiefungsphase und es bedarf sicher noch einer breiteren Abstimmung und einer vertieften Diskussion in und um Aarau. Wir sind uns bewusst, dass das Aufnehmen von Sorgen sehr wichtig ist. Es hat sich beispielsweise bereits Unverständnis und Widerstand gegen mehr Busverkehr am Tellirain und der Telliseite formiert. In der Altstadt selbst befürchten ältere und beeinträchtigte Menschen einen erschwerten Zugang zum Busnetz. Auch beim Altstadtgewerbe, insbesondere dem Detailhandel, findet das angestrebte Linienführungskonzept nicht einhellig Zustimmung. Es gibt Befürchtungen, Kunden zu verlieren. Befürchtungen, welche wir in der FDP sicher anerkennen. Aber wir sehen auch Chancen für das Gewerbe, Kunden zurück zu gewinnen. Zurzeit gibt es nicht wenige Besucherinnen und Besucher, welche die Altstadtgassen meiden, weil es einfach zu lärmig, zu eng und zu gefährlich ist. Gemäss der Botschaft soll ein Ziel dieser Kurzfristvariante auch sein, offensichtlich kritische Schwachstellen frühzeitig erkennen und erste Erfahrungen sammeln zu können. Inwiefern die Auswirkungen auf den Detailhandel der Altstadt in dieser Kurzfristvariante erkennbar werden sollen, sei dahingestellt, denn die Busse fahren ja bis um 20 Uhr ganz normal durch die Gassen und erst nach den Geschäftsschliessungen verschwinden sie. Es gibt somit noch viel zu diskutieren und viel zu klären. Wie Dieter Wicki bereits erwähnt hat, geht es bei der heutigen Sitzung lediglich um einen Kreditantrag zur Finanzierung einer Kurzfristvariante. Mit unserer dringlichen Anfrage im 2020 haben wir, aufgrund des sich damals schon abzeichnenden langandauernden Projektverlaufs, angeregt, für die Umfahrung der Altstadtgassen eine vorgezogene Pilotphase zu prüfen. Jetzt liegt eine Kurzfristvariante vor. Wir danken dem Stadtrat, dass er aktiv das Gespräch mit dem Kanton gesucht hat, um im Rahmen des Ge-



samtverkehrskonzepts die Überprüfung des Altstadtperimeters vorzuziehen. Die Aushandlung dieser Kurzfristvariante beim Kanton ist aber anscheinend nicht ganz einfach. Der Kanton betont zum Beispiel, dass die Altstadtbefreiung für ihn nicht zwingend sei und für den Bus gar keinen Mehrwert bringe. Das sehen wir schon ein wenig anders und wahrscheinlich vor allem auch die Busführerinnen und Busführer, welche in diesen überfüllten Gassen nur mühsam und gefährlich unterwegs sind. Zudem hat das andauernde Schimpfen über die Busse bei der BBA und der Postauto AG kein sympathisches Image verschafft. Der Kanton hat sich mit der Beurteilung ein Gegengeschäft ausgehandelt, indem man die Stadt verpflichtet, die Kosten für die zusätzlich notwendigen Busse zur Anpassung der veränderten Linienführung mit 110'000 Franken pro Jahr – 330'000 Franken auf 3 Jahre hinaus – mitzutragen. Diesen Betrag hat die Stadt wohl zu leisten und er ist im Verhältnis zu den entstehenden Gesamtkosten und des Gesamtnutzens aus der Erneuerung sicher akzeptabel. Aber eigentlich profitiert nicht nur die Stadt, sondern auch die angefahrenen Aussengemeinden von dieser Kurzfristvariante. Sie erhalten nämlich, als Ausgleich für die verlängerten Fahrzeiten für die Busse aus Richtung Norden, ein erhöhtes Taktangebot. Wir finden das gut, denn dadurch werden die Nachbarn trotzdem schnell in die Stadt geführt und die Wartezeiten für Anschlüsse am Bahnhof werden durch die häufigeren Anfahrten verkürzt. Auch am Sonntag wird der Ausflug mit dem ÖV für Familien, je nach Zeit, attraktiver und schneller sein, als mit dem Auto. Die FDP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Kreditantrag einstimmig.

Beatrice Klaus, Mitglied: Ich bin eine fleissige Busbenutzerin und nehme diesen sowohl auf dem Weg an den Bahnhof, als auch in die Altstadt und natürlich auch zurück, in Anspruch. Ausserdem wohne ich im Scheibenschachen und damit nördlich der Aare. Ich bin also anders, als die meisten Einwohnerinnen und Einwohnern von Aarau, welche südlich der Aare zuhause sind, von den Plänen, die Rathausgasse und Metzgergasse zu umfahren, wirklich betroffen. Ich selber bin noch gut zu Fuss. Das ist aber nicht bei allen Menschen, welche ebenfalls nördlich der Aare wohnen, der Fall. Wenn ich auf den Bus gehe, begegne ich Menschen mit Rollatoren. Ich habe mich auch mit einer Kollegin unterhalten, welche davor Angst hat, mit dem Rollstuhl nicht mehr zentral in die Altstadt gelangen zu können. Ich habe mich innerlich, im Dienst der Menschen, welche eben nicht mobil sind, auf einigen Oppositionsbedarf gegen die neue Busführung eingestellt gehabt. Ich werde mich jetzt trotzdem zu den Varianten äussern, denn die vom Stadtrat jetzt vorgelegten Möglichkeiten haben mich angenehm überrascht und ich konnte meine Kollegin im Rollstuhl beruhigen, dass sie die Altstadt auch weiterhin gut und einigermaßen hindernisfrei erreichen kann. In diesem Sinne dankt die SP-Fraktion dem Stadtrat für den sorgfältig erarbeiteten Schlussbericht, welcher alle Anspruchsgruppen in seinen Überlegungen einbezieht. Besonders erfreulich ist, dass der Graben oder der Holzmarkt, welche sehr zentral für den Zugang in die Hintere Vorstadt und in die Igelweid sind, in jeder Variante bedient werden und eine allfällige Haltestelle Casinostrasse fast so zentral gelegen wäre, wie diejenige vor dem Landjägerhaus. Die teilweise leicht längeren Fahrzeiten am Bahnhof scheinen ebenfalls vertretbar zu sein. Eine wichtige Voraussetzung für eine weiterhin attraktive Busführung liegt im Dienst der Einfachheit und im Dienst der Leute, welche eben nicht so gut zu Fuss sind. Vor allem, dass sicher kein Umsteigen notwendig ist, um in die Altstadt zu kommen. Es darf nicht dazu führen, dass der öffentliche Verkehr geschwächt und unattraktiver gemacht wird. Die SP-Fraktion regt ausserdem an, dass die Variante mit dem Tunnel zur Umfahrung der Altstadt nicht schon von Anfang an ausser Acht gelassen wird. Eine Investition in diesem Bereich würde sich ja auf einen sehr langen Zeitraum hinaus auszahlen und damit allenfalls auch höhere Investitionskosten rechtfertigen. Ebenfalls möchten wir beliebt machen, dass als zusätzliche Variante, nebst dem Kurs Rohr-Telli-Erlinsbach, auch eine Wiedereinführung eines direkten Kurses ab Aarau Rohr via Rohrerstrasse an den Bahnhof oder vielleicht auch weiter und wieder retour mit einem Halt an der Rohrerstrasse geprüft würde. Das Quartier Torfeld Nord ist vom ÖV regelrecht abgeschnitten und der Kurs würde auch dem Ortsteil Rohr dienen, indem wenigstens teilweise die Staus in der



Telli umfahren werden könnten. Wir hoffen auch, dass den Sorgen der Einwohnerinnen und Einwohnern, welche in der Nähe des Tellirains wohnen, Rechnung getragen wird. Für sie ist mit einem erheblichen Mehrverkehr zu rechnen. Eine Entschärfung dieses Problems könnte es sicher geben, wenn in einer Endvariante dem Sauerländertunnel, welcher gegenüber dem Tellirain liegt, der Vorzug gegeben würde. Dass der Schachen besser erschlossen werden könnte, ist sehr begrüssenswert. Vor allem eine Haltestelle in der Nähe der Badi würde sicher einem Bedürfnis entsprechen. Die Haltung des Kantons befremdet uns. Er vertritt die Meinung, dass eine Umfahrung vorwiegend im Interesse der Stadt liegt. Wir gehen davon aus, dass die Verkehrssicherheit doch eigentlich auch im Interesse des Kantons sein sollte. In der Rathausgasse und in der Metzgergasse kommt es immer wieder zu unglaublich gefährlichen Begegnungen zwischen Bussen und anderen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern. Wir hoffen, dass der Kanton im Gespräch mit dem Stadtrat noch einmal über die Bücher geht. Die SP-Fraktion wird den Kreditantrag des Stadtrates zur Überprüfung der Busführung in der Altstadt Aarau grossmehrheitlich annehmen.

Thomas Richner, Mitglied: Seit Jahren beschäftigt uns der Busverkehr in der Altstadt immer wieder. Die zentrale Frage ist einmal mehr: Wollen wir den Bus aus der Altstadt verbannen? 2019 haben der Einwohnerrat und die SVP-Fraktion der Überweisung des Postulats "Busfreie Altstadt und die Überprüfung der Buslinienführung" zugestimmt. Die SVP einstimmig. In einem langen Bericht wurden jetzt erneut alle bisherigen Varianten geprüft. Es sind auch ein paar neue dazugekommen. Man hat alles dokumentiert, aber leider haben wir noch keine definitive Lösung gefunden. Als kurzfristige Teillösung wird jetzt ein Kredit für einen dreijährigen Test mit abendlicher Umfahrung von Montag bis Samstag und eine ganztägige Umfahrung am Sonntag beantragt. Es beschäftigen uns aber immer noch viele Fragen. Soll der Altstadtkern mit dem ÖV erschlossen bleiben oder nicht mehr? Sinkt die Attraktivität der Altstadt ohne Bus? Wahrscheinlich für den Handel durch den Tag schon. Aber steigt die Attraktivität auch? Wahrscheinlich für die Restaurants am Abend. Ist der Testversuch die Vorstufe zur definitiven Verbannung des Busses aus der Altstadt? Wahrscheinlich ist das schon Absicht, eine gute Lösung zu finden. Ist es nicht übertrieben, total 2'040'000 Franken für einen solchen Versuch auszugeben und notabene 330'000 Franken davon aus aarauer Steuergeldern? Die Meinung in der SVP-Fraktion ist gespalten. Es gibt auf die Fragen verschiedene plausible Antworten oder Argumente. Ein Teil der Fraktion sieht den Vorteil vor allem beim Aufenthalt in den Altstadtgassen am Abend und stimmt darum dem Kredit zu, ohne aber jetzt schon davon auszugehen, dass dann die definitive Lösung in der Form einer Altstadt ohne Bus endet. Beinahe ein gleichgrosser Teil der Fraktion lehnt den Kredit in der Meinung ab, dass der Bus dereinst ganz aus der Stadt verschwinden soll und dass der aktuelle Test nur ein Salamirädchen der Salamitaktik ist und sich eine vollständig busfreie Altstadt negativ auf den Handel und auf die Leute, die sich nicht mehr so gut fortbewegen können, auswirkt. Folgemässig werden wir heute Abend uneinheitlich abstimmen.

Hannah Wey, Mitglied: Die Grüne Fraktion ist der Meinung, dass der vorgeschlagene dreijährige Testbetrieb ein toller Versuch ist. Trotz Umfahrung bleibt die Altstadt durch die Haltestellen Holzmarkt und Kettenbrücke für Besuchende gut erschlossen. Es gibt also keine Einschränkung der Erreichbarkeit. Allerdings sollte man die Bedenken einiger Altstadtbewohnenden, wonach es durch das abendliche Fehlen des Busses in den Gassen eventuell zu noch mehr nächtlichen Ruhestörungen kommt, ernst nehmen und im Rahmen der Evaluation der Testphase berücksichtigen. Wir begrüssen die Verdichtung des Fahrplans, sprich 15 Minutentakt auf 2 Linien. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass die Verdichtung bereits ab 17 Uhr oder sogar ganztags umgesetzt wird. Wir verstehen aber, dass das kurz- bis mittelfristig momentan nicht möglich ist. Wir Grünen bedanken uns bei den Berichterstattern für die ausführlichen und anschaulichen Unterlagen, für die sorgfältigen Abklärungen mit dem Kanton und auch die gelungene Kommunikation. Die Projekt-



ziele und die aufgezeigten Varianten erscheinen vorausschauend und ganzheitlich, beziehungsweise in Einbezug aller agierenden Parteien. Laut AZ wird der Busbetrieb Aarau den Versuchsbetrieb, anscheinend sogar ungeachtet des heutigen Entscheids, umsetzen. Für das sehr proaktive Vorgehen danken wir den Verantwortlichen sehr. Wir nehmen den Antrag des Stadtrates geschlossen an, inklusive der Änderung am Samstagabend. Wir sehen den Versuchsbetrieb als ersten wichtigen Schritt für eine langfristige Lösung, komplett ohne Bus in der Altstadt, auch tagsüber.

Alexander Umbricht, Mitglied: Wenn man ein Zitat zu "Bus und Aarau" sucht, erwähnt Google: Die Stadt Aarau bietet mit ihrem Bussenportal eine einfache Möglichkeit zur Bezahlung von Ordnungsbussen an. Wenn man nicht über Depot für Mehrwegbecher oder anscheinend Kanonenschüsse diskutiert, scheint es mir, als gäbe es nichts Wichtigeres, als ob sich die Busse in der Altstadt, beziehungsweise ausserhalb der Altstadt, befinden. Ich vermute, dass für viele Personen die Busse in der Altstadt in den Abendstunden mindestens die gleiche Strafe bedeuten, wie eine Ordnungsbusse. Für all diejenigen, welche irgendwo in einer Beiz sitzen und sich in ihren Gesprächen gestört fühlen, für alle Anwohnerinnen und Anwohner, welche den Lärm, insbesondere der fossil betriebenen Busse, wahrnehmen, für Busfahrerinnen und Busfahrer, die um die Restaurants herumkurven müssen, für den Stadtrat, welcher gefühlt jedes halbe Jahr einen Vorstoss dazu beantworten darf. Deshalb freuen wir uns sehr, dass das Problem angepackt wird und dass es doch einige Verbesserungen bringt. Besonders hat uns gefallen, dass dazu auch die Stakeholder eingeladen worden sind und dass die Anliegen aufgenommen oder zumindest in einem breit abgestützten Verfahren geprüft wurden. Die Lösung ist aus unserer Sicht nicht ganz perfekt, insbesondere in der Kurzfristlösung. Längere Reisezeiten vom und zum Bahnhof sind nicht ideal. Trotzdem ist die Kurzfristlösung gut genug. Wir sind auf die Langfristlösung gespannt. Auf der Homepage der Stadt ist auch zu lesen, dass das Ordnungsbussenverfahren auch abgelehnt werden und stattdessen das ordentliche, kostenpflichtige Strafverfahren verlangt werden kann. Selbstverständlich kann auch der Antrag des Stadtrates abgelehnt werden. Die Kosten fallen dann vermutlich in Form von neuen Vorstössen und verständnislosen Leserbriefen an. In dem Sinne empfiehlt die Fraktionsgemeinschaft des Zentrums ein Ja und dankt auch der SVP, dass sie entsprechende Anträge zur Korrektur formuliert hat.

Werner Schib, Vizestadtpräsident: Wie gesagt, gibt es noch viel zu diskutieren. Ich bin deshalb auch froh, wenn das Ergebnis nicht einstimmig ausfällt. Das wäre ein komisches Zeichen. Es gibt noch sehr viel zu diskutieren, verschiedenste Interessen müssen berücksichtigt werden. Ich glaube aber, dass der Stadtrat mit diesen 3 Varianten, welche man nun vertieft prüfen möchte, Möglichkeiten gefunden, die den ÖV nicht schwächen. Der Bahnhof ist erreichbar, auch die Altstadterreichbarkeit wird erzielt, indem man wirklich an die Altstadt heranfahren kann. Es wird aber noch ein Weilchen dauern, bis die definitiven Varianten umgesetzt werden können. Deshalb wollen wir eine Kurzfristlösung ab dem nächsten Fahrplanwechsel anbieten, so wie es beschrieben worden ist. Ich glaube, der Geschäftsführer des BBA hat gewagte Äusserungen gemacht, denn er wird die Kosten nicht selbst tragen. Diese müssen vom Kanton oder der Stadt übernommen werden. Als wir mit unserem Wunsch an den Kanton gelangten, hatte dieser umgehend die Idee, gleichzeitig den 15 Minutentakt auf den Linien 1 und 2 einzuführen. Dafür möchte ich dem Kanton ein Kränzchen winden, denn es ist auch in unserem Interesse, wenn die Stadt weniger Verkehr von den Aussengemeinden nach Aarau hat. Die Verbesserung im Sonntagsfahrplan und am Wochenende ist ein grosser Schritt. Dass es natürlich noch andere Themen gibt, ist uns auch klar. Spital, Rohrerstrasse. Bei der Rohrstrasse besteht einfach das Problem, dass sie noch keine hohe Dichte an Busbenützern aufweist. Sobald dort die Nutzungen zunehmen, wird es auch dort wieder eine Buslinie geben.



Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 42 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung folgenden

Beschluss

Der Verpflichtungskredit von 330'000 Franken zur Finanzierung der Kurzfristlösung zur Altstadtumfahrung, Montag bis Samstag jeweils abends sowie sonntags im Zeitraum Dezember 2022 bis Dezember 2025, wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 10

Kreditabrechnung Ablösung Win7 / Office 2010

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 21. März 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Ablösung Win 7 / Office 2010". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 600'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 56'583.36 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 543'416.64, das sind 90.57 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 7. Juni 2022 zur Prüfung vor. Die hohe Abweichung wird mit einer zu guten Budgetierung begründet. Zudem konnten viele Arbeiten intern gelöst werden, wodurch ebenfalls Kosten gespart werden konnten.

Da keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat und dem Stadtrat gewünscht werden, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Ablösung Win 7 / Office 2020" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Ich möchte gerne noch auf ein paar Termine hinweisen. Am Mittwoch, 22. Juni 2022, 18.00 Uhr, findet eine KIFF-Veranstaltung statt, zu welcher der Einwohnerrat eingeladen ist. Zum Maienzug-Vorabend haben Sie die Einladung erhalten. Wir treffen uns um 17.45 Uhr vor dem Rathaus zum Apéro und am Freitag dann um 08.15 Uhr am Graben vis à vis der Stadtbibliothek zum Umzug. Ich hoffe auf ein vollzähliges Erscheinen. Weil noch viele Traktanden im Einwohnerrat zu behandeln sind, wird am Dienstag, 1. November 2022 – zusätzlich zur ordentlichen Sitzung vom 31. Oktober 2022 – eine Zusatzsitzung abgehalten.

Ich bin jetzt ein halbes Jahr Präsident des Einwohnerrates. Gerne möchte ich einen kurzen Rückblick auf das vergangene Halbjahr geben und Ihnen für die konstruktive Zusammenarbeit, die klaren und einfachen Voten und die klar definierten Anträge danken. Ebenfalls bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit mit dem Ratsbüro, den Stimmenzählerinnen Nicole Lehmann und Lea Naon, mit Stefan Berner und Beatrice Zahnd, sowie mit der Vizepräsidentin Anja Kaufmann. Gerne hoffe ich, dass die positive Stimmung auch nach den Sommerferien weiterhin anhält, insbesondere bei der Budgetdebatte. Diese wird für mich wohl eine Herausforderung. Ich bedanke mich auch für die Toleranz, wenn ich mich wieder einmal verhasple, etwas vergesse oder übersehe, da ich sehr lebhaft bin. Das gehört aber ein wenig zum Milizsystem und das finde ich auch toll.

Ich habe heute auch einen Rücktritt zu vermelden. Am 12. Juni 2022 hat Dieter Wicki seinen Rücktritt eingereicht und folgendes geschrieben:



"Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Christian, ich werde im September 2022 meinen Wohnsitz nach Ankara verlegen, um dort als Verteidigungsattaché der Schweizer Botschaft tätig zu werden. Wie du weisst, hat sich dieser berufliche Wechsel kurzfristig ergeben und war bei meiner Wahl in den Einwohnerrat und dann in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission noch nicht absehbar. Aufgrund dieser beruflichen Veränderung muss ich mein Mandat als Einwohnerrat per 31. Juli 2022 niederlegen. Ich darf dankbar auf eine kurze, aber für mich lehrreiche Phase als Einwohnerrat zurückblicken. Es ging in dieser Zeit auch um die Weichenstellung mit langfristiger Wirkung. Ich denke namentlich an die Projekte für den Neubau des Pflegeheims und Alterssiedlung Herosé und für einen längst fälligen Ersatz für das Oberstufenschulhaus, aber auch um die verschiedenen Vorlagen zu energiepolitischen Rahmenbedingungen für die Zukunft. Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen im Rat, in der Fraktion, in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, in der Partei und dem Stadtrat für den Austausch danken. Ich werde aus der Ferne mit Interesse weiterverfolgen, wie sich unser Aarau weiterentwickelt. Bei der Weitergestaltung der aarauer Zukunft wünsche ich euch alles Gute".

Dieter Wicki ist seit 1. August 2021 Mitglied des Einwohnerrates und seit 1. Januar 2022 zusätzlich Mitglied der FGPK. In seiner Zeit hat er folgende Vorstösse eingereicht: Vorstoss/Anfrage "Breite Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohnern an Forumsveranstaltungen zu wichtigen Projekten", das Postulat "Gemeindeverbände und andere Kooperationen, pragmatische Aufgabenteilung oder schwarze Löcher für die Demokratie und Finanzen", die Motion "Kreislaufwirtschaft bei der Verkehrsinfrastruktur" und das Postulat "Aktive Informationen zu Orten für menschliche Bedürfnisse mittels digitalen Kartendienst". Wir bedanken uns für dein Engagement im Einwohnerrat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission herzlich. Du hast die Geschäfte immer gründlich studiert. Deine Voten sind treffend und klar gewesen und verständlich formuliert. Deine Politik ist immer ausgeglichen gewesen oder eben in der Mitte. Für die neue berufliche Herausforderung in Ankara wünsche ich dir alles Gute und viel Freude und natürlich die Weitsichtigkeit bis nach Aarau. Wir werden uns natürlich selbstverständlich für gute Lösungen in Aarau einsetzen und freuen uns auf deine internationale Beobachtung.

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:
Christian Oehler

Der Protokollführer:
Stefan Berner